INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Nr. 478

17. Juni 1999



Köln wir auch anders?!

Inhalt:

Seite 3	Vorwort
Seite 4	Allein machen Sie Dich ein...
Seite 5	Zaunspaziergang am AKW Lingen
Seite 6	Kampfauftrag: gutes Gewissen
Seite 7	Anti-Grenze-Camp`99
Seite 9	Unser Beruf ist die Wahrheitsfindung..."
Seite 10	Erklärung zum Brandanschlag auf den BGS
Seite 15	Sabotage im Untergrund Staus auf der Datenautobahn
Seite 17	Antifa-Aktionen
Seite 19	Keine Promotion für Rechts
Seite 20	Kampf dem Naziladen "Studio 88"
Seite 21	Regio 10 - Das unbekannte Nazi-Zentrum
Seite 22	Kriminalisierung/Hausdurchsuchung in München
Seite 23	Kommuniqué der Bewegung 24. März
Seite 25	Eine Standortbestimmung jenseits vom neuen Internationalismus
Seite 30	Termine

Holzknüppel aus dem Verkehr gezogen

■ Konsequenz des 1. Mai: Polizei knüppelt nur noch mit Gummi

Die Entscheidung war überfällig: Als Konsequenz aus den Verletzungen am 1. Mai hat die Berliner Polizei sämtliche Holzsschlagstöcke aus dem Verkehr gezogen. Wie jetzt bekannt wurde, geht die Anordnung auf eine entsprechende Weisung des Chefs der Landesschutzpolizei, Gernot Piestert, vom 4. Mai zurück. Erwogen worden sei dies schon länger, die Vorfälle am 1. Mai hätten nur den letzten Ausschlag gegeben, sagte der Leiter des Führungstabes der Polizei, Alfred Markowski. Beim 1.-Mai-Einsatz in Kreuzberg hatte ein Polizist einer Frau so heftig mit dem Holzknüppel auf den Kopf geschlagen, daß dieser zerbrach.

Auch zahlreiche Journalisten hatten sich über Polizeiübergriffe mit Schlagstöcken beschwert.

Besonders rühmlich ist der Verzicht auf den Holzknüppel allerdings nicht. Berlin war das einzige Bundesland, das die rund 3.000 Beamten der Einsatzbereitschaften noch mit diesem Schlaginstrument ausstattete. Wie aus dem Innenministerium in Sachsen zu erfahren war, das den Vorsitz bei der kommenden Innenministerkonferenz führt, sind die Polizeien der übrigen Bundesländer mit Kunststoffknüppeln mit Glasfaserverstärkung ausgerüstet. Diese sollen ab sofort auch zur Standardausrüstung der Berliner Polizei gehören.

Auch der Bundesgrenzschutz (BGS) hat die Holzknüppel Anfang der 90er Jahre abgeschafft. „Das Verletzungsrisiko durch das splitternde Holz war einfach zu groß", so BGS-Sprecher Ivo Priebe. Selbiges gilt auch für die vom Bundesinnenministerium ausgerüsteten Abteilungen der Bereitschaftspolizeien der Länder, die den Holzknüppel kurz nach der Wende abgeben mußten. Einzig die Polizei-Spezialeinheiten in Berlin und den Ländern sind mit dem noch gefährlicheren asiatischen Mehrzweckschlagstock „Tonfa" ausgerüstet.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert nun für die gesamten Einsatzbereitschaften den Mehrzweckschlagstock. Landesschutzpolizeidirektor Piestert ist aber strikt dagegen, weil er dadurch eine psychologische Aufrüstung der Beamten befürchtet. „Ein Schlagstock ist kein Streichelgerät", sagt der Leiter des Führungstabes, Alfred Markowski. Die Polizisten müßten sich darüber im klaren sein, daß sie einen Menschen damit schwer verletzen oder sogar töten könnten. „Am besten wäre es, wenn die Polizei ganz ohne Schlagstock auskäme", meint der innenpolitische Sprecher der Grünen, Wolfgang Wieland.

Plutonia Plarre

Ordner:

- Spaßguerilla-Aktion zum Krieg
- Ob mit oder ohne Rock - radikal gegen den Krieg
- Bericht vom Treffen der Anti-Atom-Gruppen (aus OWL und Süd-Niedersachsen) am 15.5.99
- Bericht vom Koordinierungstreffen am 25.4.99 zum Castor-Transport von Lingen nach Ahaus
- "Prenzelberger Ansichten" unter der Lupe, guter Bericht über die Aktivitäten der siloistischen Humanitären Bewegung

Volxsport:

Wie wir aus einem Zeitungsartikel erfahren mußten wurde unsere kleine Verschönerung die wir (im Rahmen der Proteste gegen das letzte öffentliche Gelöbnis in Berlin) am Denkmal für den "preußischen Baumeister" Schinkel angebracht hatten entfernt. Wir sollten uns an den Hamburger GenossInnen ein Beispiel nehmen und vor dem nächsten öffentlichen Gelöbnis in Berlin am 20. Juli alle Krieger- und anderen faschistischen, nationalistischen, patriachalen und militaristischen Denkmäler angreifen! Lassen wir nicht zu das am 20. Juli den faschistischen und antisemitischen "Hitlerattentätern" um Graf Staufenberg mit einem menschenverachtenden Ritual gedacht wird! Sorgen wir dafür das Reinigungsfirmen wie "Noack" und NOfitti noch viel Arbeit in der alten und neuen "Reichshauptstadt" haben!

KRIEG DEM KRIEG!

ALLE WERDEN FALLEN!

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift:

siehe oben

V.i.S.d.P.:

Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Hallihallo,
da sind wir wieder.
Schwerpunkte dieser Ausgabe sind zum einen die relativ vielfältigen Aktionen bzw. dazugehörigen Stellungnahmen zu Antifa- und Antirapolitik. Dem BGS und allen anderen, die es verdient haben, sei an dieser Stelle ein furchterregendes "paßt bloß auf!" entgegengeschleudert.
Verwundert hat uns zum anderen die Leerstelle, die der erste Gipfel in Köln offensichtlich in euren Köpfen hinterlassen hat. Zur Erinnerung: In diesem Jahr 1999 finden in Köln zwei politische Großveranstaltungen (Gipfel) statt. Der erste (EU-Gipfel) ist mittlerweile Vergangenheit, der zweite (Weltwirtschaftsgipfel vom 18.-20. Juni) steht unmittelbar bevor.
Angesichts der Bilder- und Informationsflut des letzten halben Jahres im Zusammenhang mit den in und vor Köln geplanten Aktivitäten, hätte mensch meinen können, daß sich nun, wo es endlich soweit ist, alle darum reißen würden, ihre Eindrücke auszudrücken und an den Erwartungen zu messen.
Auch die im Verlauf der Mobilisierung (oder Aktivierung) aufgeworfenen Fragen nach Sinn un Unsinn von (bisherigen) Aktionsformen und -foren können wir nur begrüßen, sofern denn versucht wird, darauf Antworten zu finden. Ebenso unterstützenswert ist, in und vor allem auch nach Köln eine Neubestimmung internationalistischer linksradikaler Politik vorantreiben zu wollen. Dazu (nur kurz) ein paar Anmerkungen:
Zum einen stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist, sich an einem solchen Gipfel zu orientieren, um die eigenen Positionen und Inhalte ins Licht zu rücken. Ganz abgesehen von der generellen Schwierigkeit im Umgang mit Medien (die ja doch nur das schreiben, was sie sollten) hat die Anti-Gipfel-Bewegung es bisher nicht geschafft, sich überhaupt angemessenes Gehör zu verschaffen.
Die Reaktion der Medien reduzierte sich (auch als Folge der allgemeinen Ignoranz in Bezug auf die Gipfel) auf Randnotizen.
Zweitens sind jedoch die in Köln unternommenen Versuche einer Annäherung an (neue) Formen der globalen Vernetzung des Widerstandes mindestens die Frage wert, ob es sich lohnt und überhaupt möglich ist, aus diesen ersten Schritten neue Ideen zu entwickeln.
Erinnert sei an die InderInnen-Karawane, die derzeit durch Europa tourt und an den Global Action Day, der als Versuch verstanden werden kann, verschiedene Aktionen in verschiedenen Teilen der Welt die zur selben Zeit stattfinden aufeinander beziehbar zu machen, also in einen Zusammenhang zu stellen.
Wir wissen nicht, was ihr dazu denkt, würden es aber gerne wissen. Also schreibt uns, denn welche Zeitung wäre geeigneter, einer solchen Diskussion als Rahmen zu dienen, als diese, *eure Zeitung*!
Zur Anregung eurer Gedankenströme haben wir einen Artikel aus der Alaska (Dez.`98) abgedruckt. Viel Spaß damit.
Das war`s vorerst!
Eure InterimerInnen

P.S.: Die Erklärung der Bewegung 24. März haben wir trotz und nicht wegen ihrer unserer Ansicht nach offensichtlichen Schwächen veröffentlicht.

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN...

ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN...

SAMSTAG 19. JUNI
14-18 UHR

KNASTSOLIKONZERT
ALT-MOABIT/RATHENOWER STR.

U.A.

BRUMMI & THE ORIGINALS (STREETROCK'NROLL)

WORHÄTS (PUNKROCK)

DIVERSE DJ'S MIT KÖSTLICHEN PLATTENDARBIETUNGEN VERSCHIEDENER STILE

KAFFEE & KUCHEN



ALLEIN MACHEN SIE DICH EIN...

Seit den Polizeiübergriffen vom 1. Mai in Berlin sitzen noch 6 Menschen in U-Haft. Unter anderem unser Freund Ringo. Ihm wird „schwerer Landesfriedensbruch" vorgeworfen. Er soll während des Polizeiüberfalls auf die Demonstration einen Gegenstand in Richtung Polizei geworfen haben. Die Ablehnung der Haftbeschwerde vom 17.5.99 wird vom Landgericht unter anderem damit begründet: „... Es besteht deshalb eine entsprechende Straferwartung, die Fluchtanreiz gibt; auch unter Berücksichtigung der geringen Vorbelastung des Beschuldigten...".

Da Leute mit dem gleichen Vorwurf schon am Morgen des 2.Mai's wieder draußen waren, sieht es so aus als ob an dem Rest der Einsitzenden einen Exempel statuiert werden soll. Diesem gilt es mit einer möglichst breiten Öffentlichkeit entgegenzutreten und den Gefangenen zu zeigen, daß sie nicht vergessen werden.

Mit der Ablehnung der Haftbeschwerde bleibt Ringo bis zum Prozeßbeginn in Moabit in Haft. Voraussichtlich wird der Prozeßbeginn Ende Juni, Anfang Juli zu erwarten sein. Wir werden Euch weiter informieren, und hoffen, daß Ihr zahlreich zur Verhandlung erscheint, um Eure Solidarität zu zeigen.

Außerdem gibt es die Möglichkeit über Radio, Ringo Kraft zu geben. Er hört jeden Abend von 19-20 Uhr Fritz „openbox". Dort könnt Ihr Ihn grüßen und Musikwünsche loswerden.

Hier die Adressen:

Fritz
PSF 909000
14439 Potsdam

oder

e-mail: openbox@fritz.de

Samstag 19.06.99 14-18 Uhr Knastkonzert

in

Moabit: Rathenower Straße/Alt-Moabit

u.a.

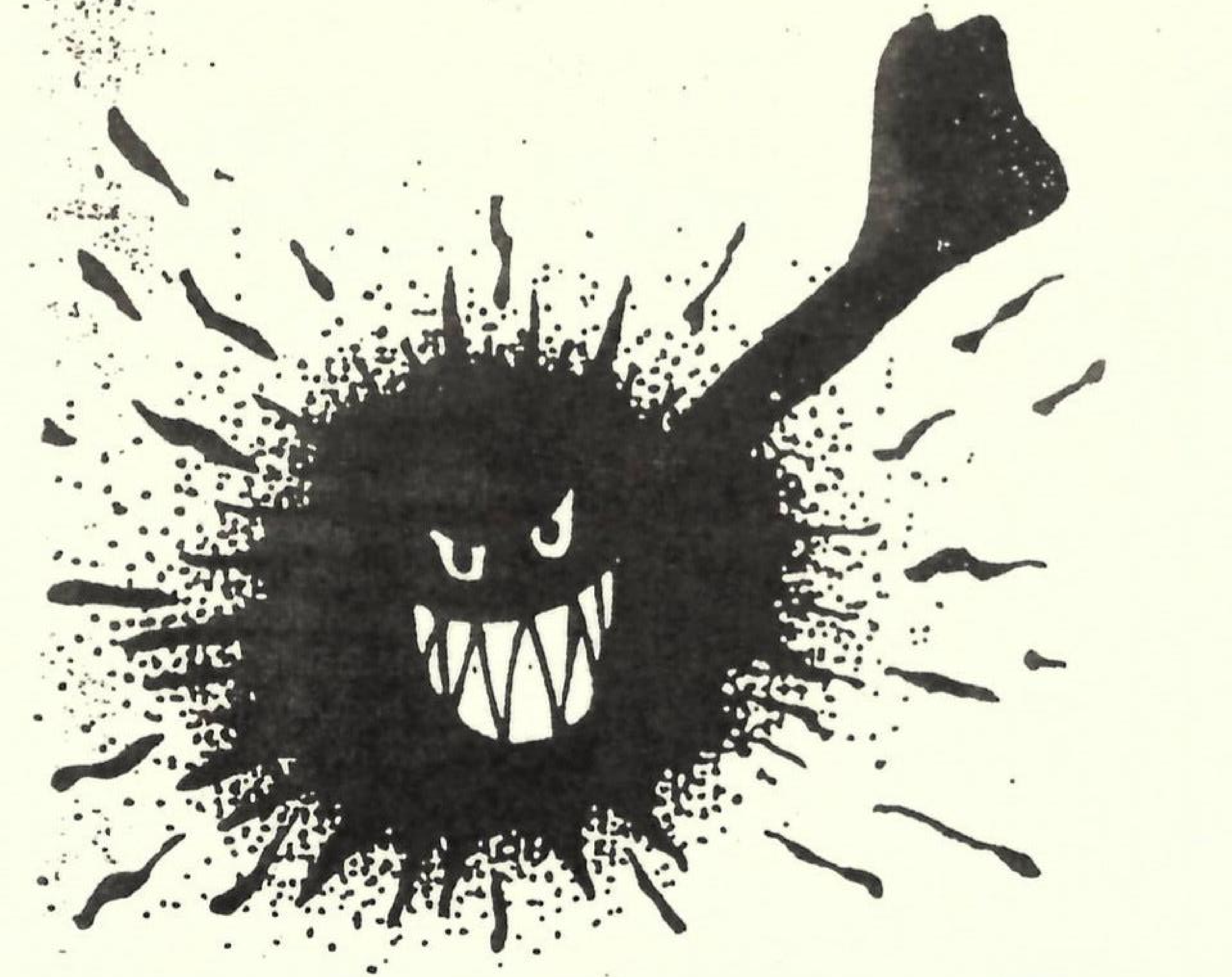
Brummi & the Originals (StreetRock'nRoll)

WORHÄTS (Punkrock)

Diverse DJ's mit köstlichen Plattendarbietungen verschiedener Stilrichtungen

Kaffee und Kuchen

Zaunspaziergang am AKW Lingen



Samstag

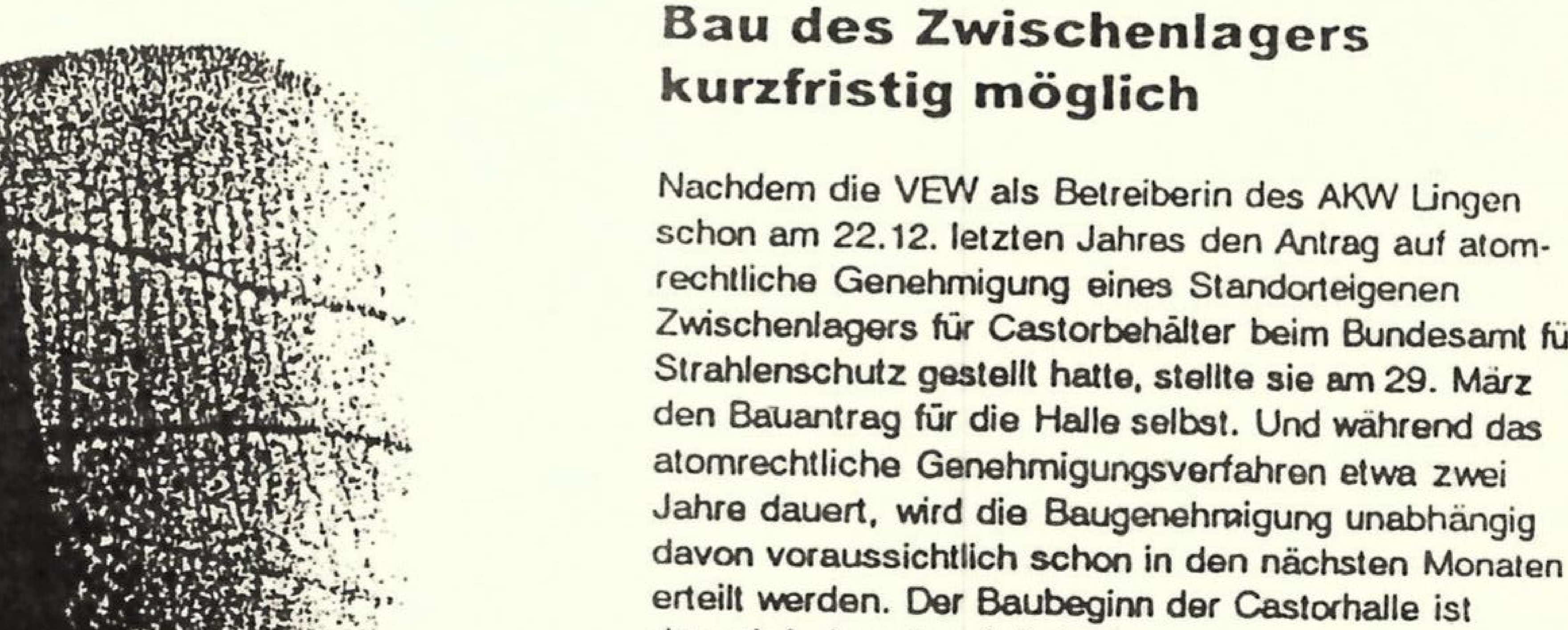
26.Juni '99

um 11.00 Uhr
am Haupttor des AKW
(Am Hilgenberg, Industriegebiet Süd)



Kernkraftwerk Emsland (KKE)

Das AKW in Lingen (offizielle Bezeichnung: Kernkraftwerk Emsland) hat eine Leistung von ca. 1300 MW und gehört zur sog. „Baulinie 80". Es ging 1988 in Betrieb. Die Kraftwerke der „Baulinie 80" waren die ersten, die mit sog. Abklingbecken ausgestattet waren, die zunächst die abgebrannten Brennelemente von zwei Jahren aufnehmen konnten. Später wurde diese Kapazität durch das engere Zusammenpacken der Brennelemente auf 9 Jahre erweitert. Bei der jährlichen Revision werden etwa ein Drittel der Brennelemente ausgewechselt. Bisher wurden diese in die Wiederaufarbeitungsanlage nach Sellafield transportiert.



Bau des Zwischenlagers kurzfristig möglich

Nachdem die VEW als Betreiberin des AKW Lingen schon am 22.12. letzten Jahres den Antrag auf atomrechtliche Genehmigung eines Standorteigenen Zwischenlagers für Castorbehälter beim Bundesamt für Strahlenschutz gestellt hatte, stellte sie am 29. März den Bauantrag für die Halle selbst. Und während das atomrechtliche Genehmigungsverfahren etwa zwei Jahre dauert, wird die Baugenehmigung unabhängig davon voraussichtlich schon in den nächsten Monaten erteilt werden. Der Baubeginn der Castorhalle ist danach jederzeit möglich.
Damit wäre das erste der von der rot-grünen Bundesregierung für jedes AKW geplante dezentrale Zwischenlager im Bau. Der Antrag dafür wurde nach §6 Atomgesetz gestellt. Das bedeutet, daß es im Genehmigungsverfahren nur um den Umgang mit den Brennelementen geht, nicht aber um die Atomanlage Zwischenlager. Die Auslegung des Gebäudes erfolgt hier lediglich nach Baurecht, obwohl es kerntechnische Funktionen besitzt. Darüber hinaus bedeutet das Verfahren nach §6 AtG für die Bevölkerung ein eingeschränktes Einspruchsrecht gegenüber einem Verfahren nach §7, der das Genehmigungsverfahren für Atomanlagen regelt.
Daß dieses Lager nicht, wie öffentlich verkündet, dem Ausstieg aus der Atomkraft, sondern dem langfristigen Weiterbetrieb des AKW Lingen dient, zeigt schon ein Blick auf die Kapazität der beantragten Halle. Die geplanten 120 Castorstellplätze reichen für die Brennelemente aus über 30 Jahren Reaktorbetrieb. Rechnet mensch dann noch die 40 Jahre hinzu, die der Atommüll bis zur Endlagerung im Zwischenlager verbleiben soll, so kommt mensch auf 70-80 Jahre, die der strahlende Müll in Lingen stehen soll. Ein Endlager ist allerdings weltweit nicht vorhanden, so daß abzusehen ist, daß der Müll auf unbestimmte Zeit im Zwischenlager verbleibt, so daß es faktisch zum Endlager wird.

Weitere Castortransporte aus Lingen

Trotz des geplanten Zwischenlagers wird es auch weiterhin Castor-Transporte vom AKW Lingen aus geben. Die kraftwerksinternen Lagerkapazitäten reichen noch bis zum Jahr 2001. Die VEW gab bekannt, daß noch zwei Transporte in die Wiederaufarbeitungsanlage nach Sellafield geschickt werden sollen. Von den vertraglich vereinbarten 240 Brennelementen sind bisher erst 210 dort. Außerdem wurde seitens der Betreiber des AKW ein Antrag für den Transport von sechs Castor-Behältern ins Zwischenlager Ahaus gestellt, der z.Zt. auf Eis liegt.

Öffentlichkeit herstellen und Aktionsfähig werden

So soll Lingen also nun zum ersten AKW-Standort mit dezentralem Zwischenlager werden. Diese Situation macht es aus Sicht der im Lingener Vernetzungstreffen zusammengeschlossenen Anti-Atom-Gruppen nötig, sich intensiver um das AKW Lingen und das geplante Zwischenlager zu kümmern. Deshalb laden wir zum Zaunspaziergang am AKW Lingen ein. Wir wollen allen interessierten Gruppen und Personen so die möglichkeit geben, sich im Hinblick auf zukünftige Aktionen, Transporte etc. mit den Örtlichkeiten vertraut zu machen und sich über die aktuelle Situation zu informieren. Neben dem AKW-Gelände samt Gleisanschluß gibt es auch noch die Möglichkeit, sich die Brennelementefabrik ANF anzusehen. Sie ist Ausgangs- und Zielort diverser Transporte mit unterschiedlichen strahlenden Stoffen, wie z.B. Uranhexaflourid (UF6), einem strahlenden und darüber hinaus hochgiftigen Stoff. Besonders sehenswert: das UF6-Freilager, auf dem UF6-Fässer, lediglich durch Drahtumzäunungen gesichert, unter freiem Himmel auf dem Gelände herumstehen.

Widerstand ist nie umsonst ...

Spenden: Konto Nr. 108 335 000
BLZ 280 694 94 (Volksbank Spelle)

Kontakt zum Vernetzungstreffen Lingen über:
Johannes Fangmeyer, Helenenstraße 1, 48480 Spelle
Tel&Fax: (05977) 88 45, eMail: Jfangmeyer@aol.com

Anti-AKW

ViSdP. Bernd Schmidt

Kampfauftrag: gutes Gewissen

Am 20.Juli 99, dem 55. Jahrestag des Stauffenberg- Attentats auf Hitler **soll** in der „Gedenkstätte deutscher Widerstand" im **Bendler-Block** in Berlin **ein Bundeswehr-Gelöbnis stattfinden.**

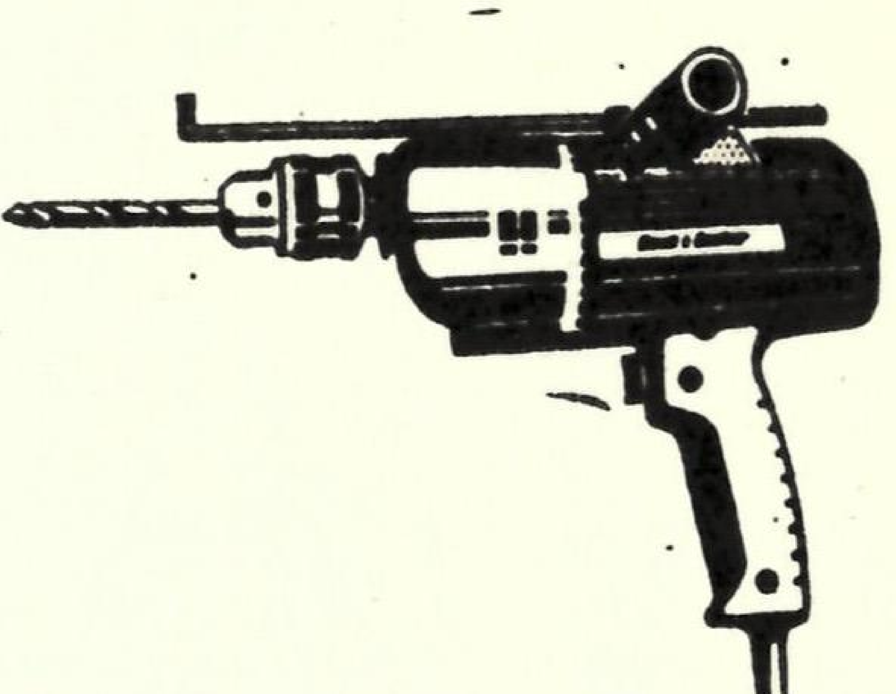
Der Skandal dieses Termins liegt hier vor allem auch in der Art Traditionsbildung, die hier beschworen wird. Kriegsminister Scharping drückt das so aus: *„Eine Armee ist wie ein Baum, dessen Wurzeln tief in die Vergangenheit hineinreichen. Schneidet man die Wurzeln ab, stirbt der Baum. Baum und Wurzeln bedürfen der regelmäßigen Pflege. Abgestorbene oder kranke Wurzeln müssen abgeschnitten werden. Neu wachsende Triebe müssen gehegt werden, damit sie kräftig gedeihen."*
Zu den Wurzeln: Die Verschwörer des 20. Juli waren zum größten Teil begeisterte Träger des NS, die sich angesichts der drohenden militärischen Niederlage zur Beseitigung Hitlers entschlossen, um größeren Schaden von Deutschland abzuwenden. Ihre Pläne waren ein autoritärer ständischer Staat und eine „Lösung der Judenfrage" in Form von Deportation, statt industriell organisierter Vernichtung. Soviel zum Gehalt des „Aufstands des Gewissens" dieser systemloyalen Reaktionäre, dieser etwas anderen Nazis.

Vor dem historischen Hintergrund des ersten Bundeswehrkampfeinsatzes nach 1945, der unter rot-grüner Ägide besser, gesellschaftlich akzeptierter und moralisch legitimierter als unter jeder anderen Regierung durchgezogen wurde, soll hier ein Gelöbniss, bezugnehmend auf die „besseren" Nationalsozialisten, mit Soldaten eines Heeres, welches alte Nazis 1949 maßgeblich mitaufbauten, stattfinden. Welch eine bizarre Konstellation.

So moralisch gut waren die Deutschen und ihre Bundeswehr, ihre „Reformregierung der neuen Mitte" noch nie: Schulter an Schulter zusammen mit der westlichen Wertegemeinschaft, von innerer Zerissenheit und schlaflosen Nächten geplagt, Solikonten für Flüchtlinge füllend, mit den Vertriebenen leidend (waren auch Deutsche '45 nicht Vertriebene?), endlich die Lehren aus der schweren, schweren Geschichte gezogen habend, wurde ein despotischer Tyrann, mindestens so schlimm wie Hitler, Verbrechen auf dem Niveau von Auschwitz begehend, mit dem sicher nicht schönen, aber doch notwendigen Mitteln des Luftkriegs, des gezielten Luftschlags (uups, Kollateralschaden??) zur Räson gebracht.

Was vor zehn Jahren noch als etwas überzogene Satire auf das sich gerade wiedervereinigende Deutschland durchgegangen wäre, ist bittere Realität. Jede/r weiß das. Auch wenn zum Zeitpunkt des Gelöbnisses vielleicht kein Luft oder Bodenkrieg mehr herrscht, und zu dem Zeitpunkt deutsche Soldaten im ersten Protektorat auf dem Boden eines von ihren Vorgängern überfallenen Landes *Normalität* mitdurchsetzen; es gibt für eine radikale Linke keinen Grund zur Tagesordnung überzugehen, außer vielleicht die manifest gewordene, wenn auch nicht überraschende, gesellschaftliche Niederlage während des NATO-Krieges möglichst schnell zu verdrängen.
Doch bei dem, was sich hier gesellschaftlich durchsetzt, wären wir damit sehr schlecht beraten.
Es ist überfällig, die Diskussion um die neue Rolle Deutschlands im Rahmen der „neuen" NATO zu führen, und es ist dringendst notwendig, auch ohne abschließende Analyse, dieses auch wieder praktisch auf die Tagesordnung zu setzen. Das kann nicht nur Sache von ein paar Totalverweigerern und einer handvoll antimilitaristischer Gruppen sein.

Es wird beim derzeitigen Stand auf jeden Fall eine Mobilisierung gegen das Gelöbnis geben. Achtet auf Vorbereitungstreffen und Termine, laßt euch was einfallen.
Der Gelöbnistermin liegt sowohl in den Semester, als auch in den Schulferien, was eine Mobilisierung nicht gerade vereinfacht. Deshalb ist es doppelt wichtig, das Ganze ab sofort überall zu thematisieren



Mehr denn je:

Wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg

Nie wieder Deutschland

Tito und seine Gang

!Auf zum Anti- Grenze- Camp'99!

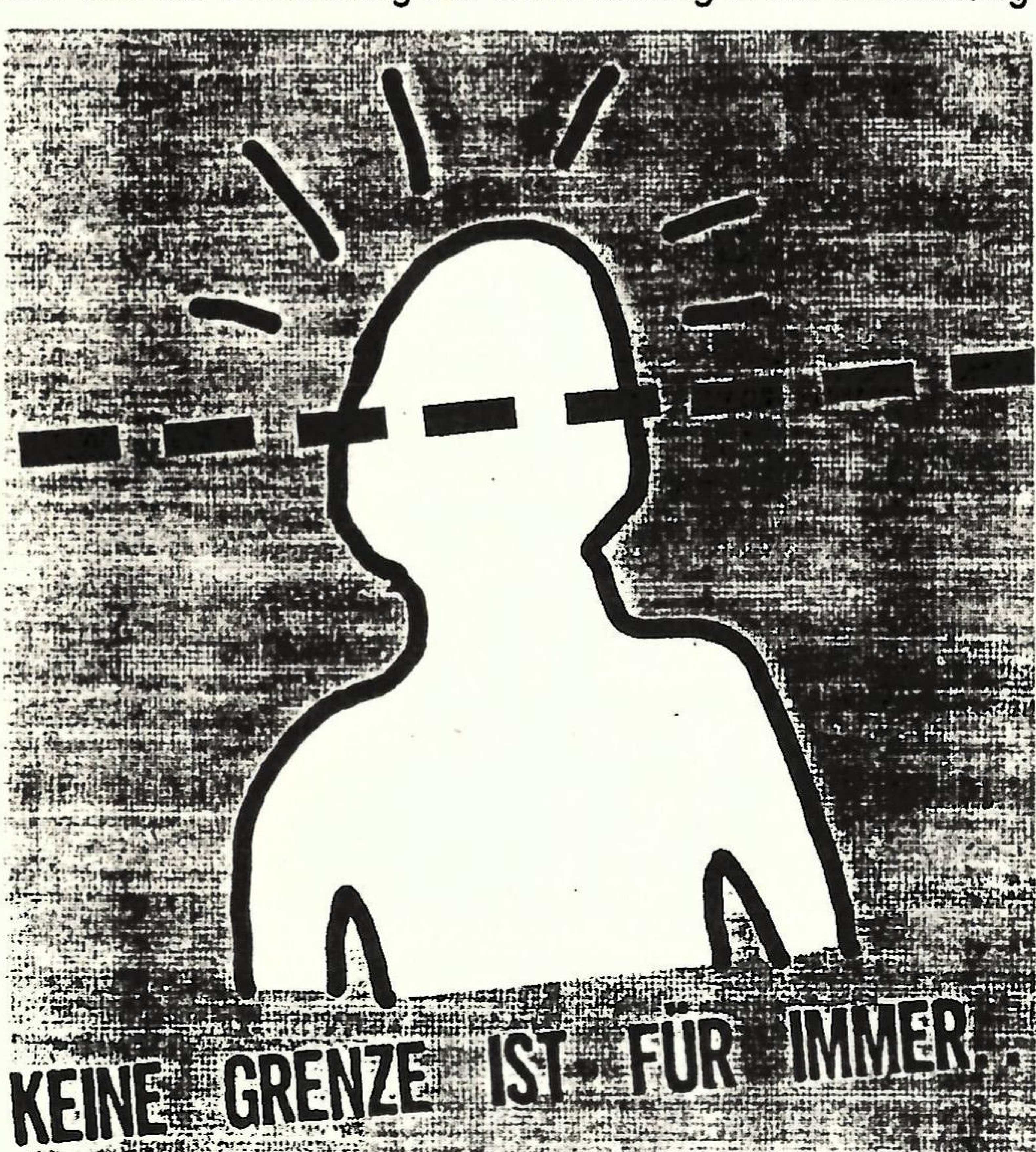
Kein Mensch ist illegal- unter diesem Motto wird auch 1999 ein antirassistisches Grenzcamp stattfinden. Damit soll an das Camp vom vorigen Jahr in Rothenburg nahe der deutsch-polnischen Grenze angeknüpft werden, an dem sich einige Hundert Leute beteiligten. Das Anti-Grenze-Camp'99 schlägt seine Zelte vom 7. bis 15. August bei Zittau unmittelbar im polnisch-tschechisch-deutschen Dreiländereck auf.

Ein neues Grenzregime

Nach dem Fall der Mauer sind die Grenzen für wohlhabende BürgerInnen der Europäischen Union (EU) durchlässig wie nie zuvor. Für Flüchtlinge und MigrantInnen werden sie jedoch zunehmend unüberwindbar. Ständige Erweiterungen der Kompetenzen der Grenzpolizeien, Verschärfung der „Ausländergesetze" und ein Bündel überstaatlicher Abkommen haben zum Ziel, die Grenzen nur für jene durchlässig zu machen, die hier als erwünscht gelten. Die Abschottung Westeuropas erfolgt dabei nicht mehr wie zu Zeiten des kalten Krieges über Mauern, Stacheldraht und Schlagbäume...

Vormals linear verlaufende Grenzen sind in Grenzräume umgewandelt worden - ein neues Grenzregime wurde installiert. Innerhalb weniger Jahre gelang es, Flüchtlinge als gefährliche Bedrohung zu konstruieren und eine „sichere" Grenze als Merkmal von Lebensqualität erscheinen zu lassen. Nicht mehr von Fluchthelfern, die Flüchtlinge in den „freien" Westen helfen, sondern von „kriminellen Schlepper- und Schleuserbanden" ist jetzt die Rede.

Die deutsche Außengrenze zu Polen bzw. Tschechien gilt als eine der am schärfsten überwachten Grenzen in ganz Europa. Das Grenzregime bezieht seine Effektivität vor allem aus der Einbindung der Bevölkerung in die Umsetzung



von Strategien der Kontrolle und Überwachung. So ist es an der deutsch-polnischen Grenze nicht nur die High-Tech-Ausstattung der BGS-Sheriffs, die Flüchtlingen zum Verhängnis wird. Nach Angaben des BGS erfolgen über 70 % der Festnahmen von Flüchtlingen aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung.

Um die Denunziationsbereitschaft derer zu fördern, die wie die Nazis und andere RassistInnen nicht ohnehin schon zur Jagd auf die "Fremden" bereit sind, wird neben ständigen Appellen über Plakate oder "Informationsblätter" zuweilen zu drastischen Maßnahmen der Repression gegriffen - vier Zittauer Taxifahrer wurden im vergangenen Jahr zu Haftstrafen bis zu 26 Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil sie in ihrem Taxi Menschen mitgenommen haben, bei denen es sich um Flüchtlinge gehandelt haben soll.

Brutalster Ausdruck der Effektivität des Grenzregimes sind die Menschenleben, die es jedes Jahr kostet. Allein beim Versuch, die Grenze nach Deutschland zu überschreiten, kamen in den letzten Jahren 70 Menschen ums Leben. Zu ihnen zählen auch die sieben Kosovo-Albaner, die im August 1998 bei Freiberg auf der Flucht vor dem BGS starben.

Vor dem Elend zerbombter Städte und Dörfer sowie einem durch den Angriffskrieg der NATO maßlos gestärkten totalitären Regime, werden möglicherweise viele JugoslawInnen fliehen. Daß sie nach Deutschland gelangen, wird das Grenzregime verhindern sollen. Deutschland hat diesen Krieg zu einem erheblichen Teil mit zu verantworten. Die in Jugoslawien erprobte "humanitäre Intervention" wird auch andernorts in Zukunft Menschen in die Flucht treiben!

Kontrolle und Überwachung

Ständig hören wir vom Verschwinden von Grenzen: Reise- und Handelsbeschränkungen werden abgebaut, Staaten der EU bilden mit Nicht-EU-Staaten sogenannte Euro-Regionen und im Zuge der Globalisierung scheinen nationalstaatliche Grenzen immer weniger eine Rolle zu spielen. Doch die allgemein propagierte Freizügigkeit ist nur eine Farce. Die Grenze ist vielmehr Ausgangspunkt eines Kontroll- und Überwachungssystems, das sich längst ins Landesinnere verschoben hat.

Eine 30-Kilometer-Zone entlang der Grenze ("Grenzschleier"), Flughäfen, Bahnhöfe und Züge, wichtige Transitstraßen und Rastplätze werden permanenter Kontrolle unterzogen. Ob mit Platzverweisen, verdachtsunabhängigen Kontrollen oder mit Infrarotkameras und Abschiebeknästen - wer sich nicht an Grenzen hält, wird konsequent draußen gehalten. Oft entscheidet nur ein Stück Papier, ob ein Gebiet von einem Menschen betreten werden darf - diese Praxis findet in den Innenstädten genauso statt, wie an der EU-Außengrenze.

Diese Praktiken ermöglichen längst nicht nur das Entdekken "Illegaler", sondern auch und besonders die Kontrolle aller anderen Menschen, deren Überwachung aufgrund sozialen Status, Gruppenzugehörigkeit oder politischer Meinung von den Herrschenden für notwendig erachtet wird.

Antira

Wir erleben täglich, wie Grenzen zementiert und ausgebaut werden. Unterschiede zwischen Arm und Reich, zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West, zwischen 'Legal' und 'Illegal' werden größer und zu immer unüberwindbareren *Grenzen.*

!Auf zum Anti-Grenze-Camp'99!

Im Sommer werden wir in Lückendorf in der Nähe von Zittau, ein Camp veranstalten. Damit wollen wir unübersehbar und unüberhörbar ein deutliches 'NEIN!' zu Verhältnissen zum Ausdruck bringen, in denen Menschen illegal gemacht oder sonstwie aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden sollen.
Mit vielfältigen Aktionen wollen wir auf die Situation illegalisierter Flüchtlinge aufmerksam machen. Es geht uns darum, der offiziellen menschenverachtenden Propaganda etwas entgegenzusetzen und der Denunziationsbereitschaft von Teilen der Bevölkerung entgegenzuwirken.
Unsere Mittel werden, genau wie im letzten Jahr, sehr unterschiedlich sein: öffentliche Happenings, Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen, spontane Eröffnung von neuen Grenzübergängen, Nachtwanderungen... - wir haben eine Menge Überraschungen parat!

Im September finden in Sachsen die Landtagswahlen statt. Rechtsradikale Parteien, allen voran die NPD mit einem über 1000 Mitglieder starken Landesverband, rechnen sich gute Chancen aus, den Einzug in den Landtag zu schaffen. Es ist zu befürchten, daß auch andere Parteien mit nationalistischen und rassistischen Parolen auf Stimmenfang gehen werden. Linke Gruppen vor Ort, die gegen rassistische Propaganda vorgehen, wollen wir mit dem Grenzcamp, wo wir können, unterstützen. Wir werden es uns nicht nehmen lassen, jene empfindlich in ihrem Alltag zu stören, die sich in ihrem „Deutschsein", ihrem Wohlstandschauvinismus, mit ihrer Liebe zu Disziplin, Sauberkeit und Ordnung auf der richtigen Seite wähnen.

Haben Grenzen überhaupt eine Legitimation? Diese Frage wollen wir in die Öffentlichkeit tragen, aber auch innerhalb des Camps diskutieren. Die Woche im Grenzcamp soll auch den Raum bieten, sich über die Möglichkeiten und Bedingungen antirassistischer Politik auseinanderzusetzen - besonders die Situation in vielen Gegenden Ostdeutschlands führt uns immer wieder vor Augen, daß bisherige Ansätze und Strategien nicht greifen.

Wir werden versuchen, denen, die sie hören wollen, unsere Position zu vermitteln. Möglicherweise wird es nötig sein, durch phantasievolle Provokationen Interesse zu wecken. Das Recht auf Freizügigkeit und Migration für alle Menschen verteidigen wir, weil wir genau dieses Recht auch für uns selbst beanspruchen. Eine Gesellschaft der offenen Grenzen ist der Raum, in dem sich die Menschen frei und selbstbestimmt bewegen können.
Unser Kampf gegen Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts und niemand kann schließlich Auskunft darüber geben, wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Wir rufen auf: cross the border!
Beteiligt Euch am Anti-Grenze-Camp'99!

Das Z.E.L.T.P.L.A.T.Z.K.O.M.I.T.E.E.

Infoveranstaltungen:

Mo, 28.6., 21⁰⁰ im Bandito Rosso, Lottumstr.10a
Fr, 2.7., 19⁰⁰ im Zielona Gora, Grünberger Str. 73
Mi, 7.7., 20⁰⁰ im EX, Gneisenaustr. 2a

Techniks:

Bringt Zelte, Kochgeschirr, Verbandszeug, Feuerlöscher und sonstige Utensilien mit, die mensch an der Grenze und zum Campen braucht. Laßt Eure Hunde bitte zu Hause.
Aufgrund der schlechten Verkehrsanbindungen und weiten Strecken ist es ratsam, mit eigenen motorisierten Fortbewegungsmitteln anzureisen.

Geld:

So ein Camp verschlingt einen Haufen Kohle (z.B. für Klos, Zelte, Generatoren, Wasser...). Wer finanzielle Unterstützung leisten möchte - Spenden bitte unter dem Stichwort „Camp99" auf untenstehendes Konto überweisen:
Berliner Sparkasse
BLZ: 100 500 00
Kto.-Nr.: 61 00 24 264

Kontakt/Information:

Grenzcamp c/o
Forschungsgesellschaft Flucht u. Migration (FFM),
Gneisenaustr. 2a,
10961 Berlin,
Tel. 030/6935670, Fax. 030/6938318

Jeden Mittwoch ist von 17⁰⁰-20⁰⁰ das Koordinationsbüro besetzt. Kontakt über die obige Telephonnummer.



„Unser Beruf ist die Wahrheitsfindung..."

...oder so ähnlich pathetisch verteidigte sich Prof. Geserick, Leiter des gerichtsmedizinischen Instituts der Uni-Klinik Charité, nachdem TeilnehmerInnen einer Stör-Performance in seiner Vorlesung eine Situation vorspielten, die seit 1996 in dem ihm unterstehenden Institut Alltag ist: Unter der Leitung von Prof. Geserick werden minderjährige Flüchtlinge einer „medizinischen Altersschätzung" unterzogen.
„In einem vier mal zwei Meter fünfzig großen Raum befanden sich zunächst der für die Untersuchung zuständige Arzt, ein Arzt, der für die Anfertigung von Fotos anwesend war, der Zahnarzt und eine Betreuerin sowie die angehende Vormünderin des 15jährigen Mädchens. (...) Nachdem der Zahnarzt den Raum verlassen hatte, wurde sie aufgefordert, sich komplett auszuziehen, um so die Ausprägung ihrer Geschlechtsmerkmale erkennen zu können. (...) Nach Verhandlungen mit den Ärzten konnte sie zumindest ihren Slip anbehalten. Was sie jedoch noch schlimmer traf, war, daß sie sich nunmehr mit von dem Körper gespreizten Armen vor einer Tür postieren mußte, damit der Arzt in ihre Achselhöhlen gucken konnte und der Fotograf dann Fotos von Vorder- und Rückseite anfertigte." (Protokoll der Begleitperson eines Mädchens aus einem nordafrikanischen Bürgerkriegsland).
Was Prof. Geserick „Wahrheitsfindung" nennt, ist in der Geschichte der alleinfliehenden Kinder und Jugendlichen sicherlich nicht die erste und einzige traumatische Erfahrung. Die Verletzung der Schamgefühle und die Erniedrigung der Jugendlichen wird bewußt in Kauf genommen. Das Verfahren zielt auf die Abschaffung einer der letzten wenigen Möglichkeiten des Schutzes vor Verfolgung, Krieg, Hunger und Elend ab. Werden die Jugendlichen jünger als 16 „geschätzt", ist das Jugendamt für sie zuständig. Sie bekommen einen Vormund, werden in Kinderheimen untergebracht, haben ein Recht auf Schulbesuch und auf Versorgung über das Kinder- und Jugendhilfegesetz. Werden die Jugendlichen allerdings älter als 16 Jahre „geschätzt", müssen sie ihren Asylantrag sofort und alleine, ohne rechtliche Unterstützung stellen. Sie geraten damit in das gängige Asylverfahren und werden auf die Bundesländer verteilt. Die Unterbringung erfolgt in Sammelunterkünften und die Versorgung über das Asylbewerberleistungsgesetz. Sie werden auf Flughäfen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten oder in Abschiebehaft genommen. Das ist für Prof. Geserick kein Problem, denn als Sachverständiger identifiziere er sich nicht mit dem „juristischen Inhalt" oder „der politischen Frage". Das rechtsmedizinische Institut der FU hat die Durchführung des Verfahrens abgelehnt, weil die Methode umstritten ist. Dr. Angelika Mindel von der Berliner Ärztekammer sagt: „Selbst wenn der Zahnstatus untersucht wird, kann die Abweichung vom realen Alter zwischen zwei und drei Jahren liegen." Das ebenfalls umstrittene Röntgen der Handwurzel zur Altersbestimmung wurde 1996 nach Protesten von Flüchtlingshilfeorganisationen und einer Empfehlung des Deutschen Ärztetages ausgesetzt. Das aktuelle Verfahren der „Inaugenscheinnahme" wird auch in anderen Bundesländern durchgeführt. In Hamburg dürfen sogar KinderärztInnen die benötigten Gutachten erstellen. Daß dabei gut die Hälfte der Kinder und Jugendlichen älter eingeschätzt werden, liegt in der Logik der Abschottungspolitik der BRD, in der für Flüchtlinge kein Platz ist.
Auf zwei Transparenten trug die Performancegruppe ihre Forderungen nach „Abschaffung der Altersfeststellung" und „Bleiberecht für alle" vor. Leider verweigerte Prof. Geserick sich der Diskussion und verließ den Saal. Später meinte er vor den StudentInnen: „das Auftreten paßt zu den inhaltlichen Vorstellungen, die in den Köpfen existieren." Damit dürfte er Recht haben. Die Vorlesung beendete er mit den Worten, „im Gegensatz zur Annahme vieler haben auch Gerichtsmediziner eine Seele". Fragt sich in seinem Fall nur, was das für eine ist.

Volxsport

Erklärung zu einem Brandanschlag auf die BGS-Bahnpolizeiwache am Ostbahnhof in Berlin in den frühen Morgenstunden des 9. Juni '99

Am Freitag, dem 28. Mai 1999, wurde der sudanesische Flüchtling Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb (30 Jahre) bei seiner gewaltsamen Abschiebung während des Fluges zwischen Frankfurt/M. und Münschen von Schergen des Bundesgrenzschutzes (BGS) ermordet. Seit 1993 verloren damit bereits vier Menschen bei ihrer Abschiebung aus der BRD ihr Leben - dutzende wurden dabei verletzt. Das BGS- Grenzregime bzw. die Flüchtlingsbekämpfung der BRD hat bereits zu einer Vielzahl von Opfern geführt: - bisher verloren 67 Flüchtlinge beim Überqueren der BRD-Ostgrenze ihr Leben, - 9 Flüchtlinge starben durch Bullenübergriffe, - 64 Flüchtlinge wurden angesichts der drohenden Abschiebung selbstgemordet, - 6 Flüchtlinge verübten unmittelbar nach der Abschiebung in ihren Herkunftsländern "Selbstmord".

Dieser todbringenden Praxis und Bilanz der Abschiebepolitik der BRD muß etwas entgegengesetzt werden. Die Rolle des BGS soltte (noch) stärker in den Mittelpunkt antirassistischer Politik gerückt werden und die BGS-Infrastruktur, wie auch andere Institutionen des institutionalisierten Rassismus, verstärktes Ziel militanter Aktionen werden. Wir haben bewußt Berlin als Ort unseres Angriffs auf BGS- Strukturen gewählt, da sich hier mit dem Grenzschutzpräsidium Ost die Zentrale befindet, die die Kontrolle der BRD-Ostgrenze koordiniert.

Militanter Antirassismus als Interventionsform gegen Flüchtlingsabwehr

Linksradikaler Antirassismus beinhaltet verschiedenste Interventionsformen durch direkte Unterstützung von Flüchtlingen und MigrantInnen, antirassistische Informationspolitik, Kritik an und Angriffe auf die institutionalisierte rassistische Gesetzgebung, etc. Militante Aktionsformen sind sowohl direkt geleistete Fluchthilfe als auch Angriffe auf die verschiedenen Akteure und Träger rassistischer Politik. Aus linksradikaler Sicht beschränkt sich antirassistische Arbeit nicht auf eine humanistische Menschrechtspolitik oder auf eine liberale Lobbyarbeit für gesetzliche Statusverbesserungen der Flüchtlinge und MigrantInnen. Eine militante antirassistische Praxis begreift sich als ein antagonistisches Kampfterrain revolutionärer Politik in den Metropolen. Unserer Ansicht nach ist antirassistische Politik kein sich selbst isolierender Teilbereichskampf, sondern bettet sich in den Kampf gegen vielfältige eigenständige und sich überlagernde Antagonismen ein und zieht entsprechende Verbindungslinien zu Kapitalismus, Patriarchat und Imperialismus. Es ist vorallem das komplexe Geflecht von Wechselbeziehungen zwischen Rassismus und Imperialismus, welches antirassistischer Politik in den Metropolen eine dezidiert internationalistische Ausrichtung gibt und antirassistische Politik als konkreten Antiimperialismus definiert: "Die Migrationsbewegungen (...) sind Ausdruck und Folge der Zerstörungen, mit denen der Imperialismus die Herkunftsländer überzieht; ihre Anzahl wächst als Kehrseite des tatsächlich erreichten Grades an kapitalistischer Durchdringung." (Zorn-Extra - 9. Zeitung der Revolutionären Zellen) Militante antirassistische Politik unter diesen Vorzeichen setzt sich nicht allein in Bezug zu "den Flüchtlingen" und erschöpft sich darin, sondern stellt vielmehr einerseits eine eigenständige "weiße" Auseinandersetzung mit staatlichem und Alltagsrassismus dar und macht dies auch in einer entsprechenden Praxis deutlich. Andererseits ist der Kampf für antirassistische Lebensvorstellungen einer für eine ausbeutungslose und unterdrückungsfreie Gesellschaft. Auch ein linksradikaler Antirassismus bewegt sich zwischen den Polen des Aufbaus flüchtlingsunterstützender Strukturen und latenter StellvertreterInnenpolitik. Der Tendenz des Paternalismus gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen ist nur zu begegnen, wenn Linke in den Metropolen ihre Strukturen und Ressourcen zur eigen- ständigen Nutzung für Flüchtlinge und MigrantInnnen zur Verfügung stellen und an ihrer privilegierten Situation teilhaben zu las- sen. In den vergangenen Jahren gab es im Verhältnis zu anderen "Teilbe- reichen" im Antira-Bereich mehrfach Versuche, durch militante Interventionen Entwicklungen zu stoppen und zurückzudrehen. Erin- nert sei hier an die Debatte zu Anschlägen auf das Glasfaserka- belnetz am Flughafen Frankfurt/M., die Aktionen und inhaltlichen Beiträge im Zusammenhang mit der Initiative "Kein Mensch ist illegal" oder die Aktivitäten gegen die Umsetzung und Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Eine Grundlage für eine Ausein-andersetzung über einen militanten Antirassismus stellt noch immer die RZ-Kampagne "Für freies Fluten" aus den 80er Jahren dar. Die hier aufgezählten antirassistischen Inititiven, die alle einen militanten Ausdruck fanden, haben für neuerliche Anläufe einer Kampagne einen reichhaltigen Fundus an Diskussionsbeiträgen und praktischen Erfahrungen hinterlassen. In der Vergangenheit ist es allerdings niemals gelungen, direkt und reflektiert an vorange- gange Initiative anzuknüpfen und darauf aufzubauen. Auch wir kön- nen an dieser Stelle dies nur konstatieren; auch wir können keine Weiterentwicklung einer antirassistischen militanten Politik, die vom gesamten bisherigen Niveau ausgeht, liefern. Uns bleibt nur alle durch unsere Aktion darauf hinzuweisen, daß auch in diesen Zeiten die Akteure und Institutionen des staatlich legitimierten Rassismus

angreifbar sind und bleiben und uns und euch zu hoffentlich in naher Zukunft folgenden Aktionen und inhaltlichen Beiträgen zu motivieren.

Krieg im Namen der Flüchtlinge oder Krieg als Experimentierfeld für Flüchtlingsabwehr

Das politische Tagesgeschehen der letzten Kriegsmonate macht die menschenverachtende Flüchtlingspolitk nochmal besonders deutlich: Während die Bilder über das Flüchtlingselend aus dem Kosovo über den Fernsehbildschirm flimmern, gilt für den Bundesgrenzschütz (BGS) die gleiche Anweisung wie vor dem Krieg - alle Flüchtlinge aus Jugoslawien, die an einer deutschen Grenze oder im Grenzgebiet aufgegriffen werden, schiebt der BGS innerhalb von 48 Stunden ab, nachdem ihnen meistens ihr letztes Geld und Besitz abgenommen und sie verhört und erkennunsdienstlich behandelt wurden. In dieser Zeit haben sie weder Zugang zu Anwälten, noch •rtzen noch können sie Angehörige benachrichtigen.

Der Einsatz des BGS ist Teil einer zunehmenden Abschottungspoltik gegenüber allen Flüchtlingen aus Nicht-EU-Staaten, die in den neunziger jahren systematisch verschärft wurde und im Zeichen des Kosovo-Krieges ihrer Höhepunkt an Brutalität und Zynismus erreicht hat - nur kurz einige Daten dazu: - gerade einmal 12.000 der mehreren hunderttausend Flüchtlinge aus dem Kosovo wurden bisher medienwirksam in Deutschland aufgenommen- aber auch diese "auserwählten" Kontingentflüchtlinge werden nur mit einer Aufenthaltsbefugnis von drei Monaten imUunsicheren ge- lassen. - Gleichzeitig dient den Ausländerhörden die Tatsache, daß mit einer Rückkehr nach drei Monaten nicht zu rechnen ist, als Be- gründung, warum sie von der rot-grünen Regierung angewiesen sind, keine Verpflichtungserklärungen von Freunden, Verwandten und hilfswilligen Menschen anzunehmen, die für die Versorgung von Flüchtlingen aus Jugoslawien aufkommen wollen. Ohne diese Ver- pflichtungserklärungen jedoch bekommen Menschen aus Jugosla- wien noch nicht einmal ein Besuchsvisum und haben damit keine Chance legal einzureisen. - Nicht nur die Bundesregierung und die anderen Schengen-Staaten, auch EU-Kandidaten wie Polen, Tschechien oder Slowenien fügten sich inzwischen dem EU-Diktat und führten Visapflicht für Leute aus Jugoslawien ein, so daß nur wenige überhaupt den Weg bis zur Außen-Grenze der Schengenstaaten schaffen dürften. -auch der Beschluß der Innenministerien des Bundes und der Länder vom 30.4., humanitäre "Härtefälle" aufzunehmen, ist letztendlich ein weiteres Element der totalen Abschottung. Er stellt klar, daß "Bezugnahme auf das allgemeine Vertreibungsschicksal, die derzeit- ige Unterbringungssituation und verwandtschaftliche Beziehungen im Bundesgebiet weder allein noch kumulativ ausreichen". - für nicht-albanische Flüchtlinge aus anderen Teilen Jugoslaw- iens, die vor den massiven NATO-Bombardierungen oder vor dem Kriegseinsatz fliehen, gibt es noch nicht einmal die verschwindend geringe Chance einer Kontingentaufnahme - ihr Schicksal wird in der ethnisierenden Logik des Krieges ohnehin ignoriert.

Flüchtlingsenklaven im Kriegsgebiet als Geostrategie

Während das Flüchtlingselend als Argument für den ersten Kriegs- eintritt Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg und die völlige Zerstörung eines Landes ausreicht, ist es also kein Argument für die Aufnahme von Flüchtlingen, ja noch nicht einmal für die Er- klärung eines offiziellen Abschiebestopps für JugoslawInnen aus dem Kosovo. Stattdessen dient der Krieg dazu, das schon mit den Schutzzonen für irakische KurdInnen im Golfkrieg angewandte Kon- zept einer "heimatnahen" Füchtlingslagerpolitik zu realisieren und auszubauen, wie es in den letzten Jahren durch die systematische Zerstörung aller Fluchtwege durch Südosteuropa bereits vorbereitet wurde. Aus einer Flüchtlingspolitik, die einmal den Schutz von Flüchtlingen im sicheren Ausland zum Ziel hatte, ist endgültig eine Fluchtvermeidungspolitik geworden, die über die Versorgung der Flüchtlinge im Kriegsgebiet langfristig auch politische Kon- trolle in Form von Protektoraten in der Region vorbereitet. Mit diesem Abschied von jeglichen Kritierien der Genfer Flüchtlings- konvention, für die die AlbanerInnen ein Beispiel par excellance darstellen, hin zu einem, wie es von der UNHCR seit 1992 formu- liert wird "right to remain" erfüllt sich gleichzeitig ein ethni- sierendes Muster. Während sich WesteuropäerInnen in Zeiten zunehm- ender Mobilität als Weltenbürger wahrnehmen und bewegen dürfen, werden die "Völker des Balkans" allesamt als lokal gebundene, ver- wurzelte "Ethnien und Kulturen" stilisiert und über die Flücht- lingslager und nationalistische Kriegslogik erzwungenermaßen auch dazu gemacht.

Die Expansion des BGS

Der BGS ist das wichtigste deutsche Exekutivorgan dieser Politik. Die EU-Außengrenze zu Polen und Tschechien ist inzwischen die bestbewachteste Grenzen Europas. Der BGS beschäftigt 1999 38.000 Polizeibeamte und hat seinen Etat für Beschäftigte seit dem Fall der Mauer von 1989 960 Millionen auf 1998 2,4 Mrd DM erhöht. Außerdem sind die Kompetenzen der Behörde durch mehrere Um- strukturierungen und Gesetzesänderungen enorm ausgeweitet worden. Der BGS verfügt über einen millionenschweren Apparat zur Jagd auf Mesnchen - von Wärmebild- und Nachtsichtgeräten, Kohlendioxid-De- tektoren, über ein umfangreiches Computersystem bis zu Parouillen- booten und Hubschraubern. Auch für 1999 hat Innenminister Schily den Etat des BGS für Materialen wieder um 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr erhöht. Da jedoch diese technische Aufrüstung der Grenze selbst nicht zu den erwarteten "Erfolgen" führte, hat der BGS sein Aktionsgebiet nach und nach immer weiter ins Inland verlegt. Seit dem BGS-Gesetz von 1994 dürfen BGS-Beamte in einem 30km Streifen hinter der Grenze verdachtsunabhängige Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen machen, Telefone abhören und verdeckte Ermit- tler einsetzen. Zudem kontrollieren BGS-Beamte über die 30 km hinaus in der sogenannten Schleierfahndung Durchgangsstraßen, Autobahnen, Flughäfen und Bahnhöfe und durchsuchen als "Zugbe- gleiter" die Züge der Bundesbahn. Seit einer erneuten Kompetenz- erweiterung durch ein Gesetz, das im Mai 1998 vom Bundestag ver- abschiedet wurde, kann der BGS jetzt jeden Ort auch jenseits der 30 km zum "Grenzgebiet" erklären und damit verdachtsunabhängige Kontrolle durchführen - so wie 1998 der bayrische BGS einfach mal provisorisch die ganze Stadt München zu seinem Aktionsgebiet er- klärte. Der Wegfall der Binnengrenzen von Schengen ist das Argu- ment, eben einfach das ganze Bundesgebiet zum Grenzgebiet zu er- klären. Ebenso überschreiten die Beamten des BGS in einer immer weiter ausgebauten Kooperation mit den Polizeien der Nachbarländer die Grenzen in die andere Richtung, um Flüchtlinge vor Erreichen der Grenze aufzuspüren.

Innere statt äußere Grenzen

Während mit dem Abkommen von Schengen 199 5 die Kontrollen an den Binnengrenzen der Schengenländer für EU-Normalbürger weggefallen sind, dehnen sich so die Kontrollen für die "Anderen" auf das ganz Bundesgebiet aus - während die Grenzen für die einen unsichtbar geworden sind, werden die Grenzen für diejenigen allgegenwärtig, die für nicht zugehörig erklärt werden. Nicht nur hebt die Fahndungspraxis des BGS damit das liberale Prinzip der Kontrollen an den Außengrenzen einerseits und der Achtung der persönlichen Würde, d,h das Verbot von Personenkontrollen im Innern auf. Gleichzeitig bestätigt und verstärkt und institutionalisiert sie das in der deutschen Tradtion verankerte Modell eines rassist- ischen Ein - bzw. Ausschlusses aus der Nation. Zugehörigkeit zu Deutschland oder zur EU wird über die phänotypischen Fahndungs- muster des BGS bemessen - denn nur wer von Kleidung, Sprache und Hautfarbe als "nicht-deutsch" identifiziert wird, muß jederzeit und überall mit einer Kontrolle rechnen. Bei dieser rassistischen Selektionspolitik baut der BGS zunehmend auf die Kooperation mit den BewohnerInnen der Grenzregionen, die seit 1996 über Bürgertelefone des BGS zur Denunziation aufgerufen werden. 60-70 Prozent der Aufgriffe von illegal über die Grenze gekommenen Flüchtlingen (1997 zählte der BGS 23.089 aufgegriffene Menschen an der deutschen Ostgrenze) führte der BGS in den letzten Jahren auf die bereitwillige Kooperation deutscher BürgerInnen zurück. Und wer nicht freiwillig kooperiert, wird über Drohungen mit strafrechtlicher Verfolgung und Berufsverbot dazu gezwungen - exemplarisch wird dies an den Taxifahrern durchexerziert - denen Gefängnis droht, wenn sie nicht jeden als nicht-deutsch analysier- ten Fahrgast abweisen oder direkt zum BGS befördern. Wie omniprä- sent diese Praxis inzwischen ist, zeigt, daß nicht nur Taxifahrer aus den Grenzgebieten inzwischen im Gefängnis sitzen, sondern auch Verfahren gegen Taxifahrer in Berlin laufen.

Kriminalisierung ganzer "ethnischer Gruppen" und aller Formen der Fluchthilfe

Um die Kooperation der Bevölkerung zu gewährleisten, schüren die Verfolgunsgbehörden eine Hatz gegen die Flüchtlinge und ihre FluchthelferInnen als "kriminelle Banden und Mafia" - besonders die Kosovo-AlbanerInnen wurden als gesamte ethnische Gruppe in den letzten Jahren systematisch kriminalisiert. Und während die Grenz- en immer mehr abgeriegelt werden und Flüchtlinge durch diese Poli- tik systematisch abhängiger von FluchthelferInnen gemacht werden, drohen diesen HelferInnen - egal ob Dienstleistungsunternehmen oder Verwandten bzw. Bekannten der Flüchtlinge seit 1994 drast- ische Strafen und die unterschiedslose Stigmatisierung als "skrupellose Menschenhändler". Ohne leugnen zu wollen, daß sicher einzelne Fluchtunternehmen die Machtlosigkeit ihrer KundInnen aus- nutzen, verdreht die Propaganda des BGS die Realitäten - aus der Hilfe zur Flucht aus einer Notlage wird die Ursache der Not ge- macht. Und nach Übertritt der Grenze verwandeln sich dieselben bedauerten "Opfer der Menschenhändler" in "Kriminelle", die angeblich die deutsche Ruhe der Grenzbebiete stören - auch wenn es nur der Verstoß gegen die

Ausländergesetze ist, der in Kriminal- itätsstatistiken den "Beweis" liefert. Die Mißhandlungen durch den BGS sind dagegen unbeachteter Alltag. Immer wieder berichteten abgeschobene Flüchtlinge von Mißhand- lungen bei Verhören und von der Beschlagnahme ihres letzten Besit- zes, mit dem der BGS in den letzten Jahren zusammen mit der Be- schlagnahme von Löhnen abgeschobener Arbeiterinnen Millionen- einnahmen machte. Die Umstruktuierung des BGS hin zu flexiblen weitgehend selbstständig arbeitenden, kleinen Einheiten und der Versuch, durch eine neue corporate identity die Motivation der Beamten zur Mesnchenjagd zu erhöhen, mögen das ihrige zu Willkür- maßnahmen und Gewalt beitragen.

Datenerfassung der unerwünschten Menschen

Zudem werden alle bei der Menschenjagd des BGS aufgegriffenen Flüchtlinge im Computer registriert und mit Daten des Schengener Informationssystems (SIS), des Inpol, des Ausländerzentral- registers und bald auch mit einem europäischen Fingerabdruck- System (EURODAC) verglichen. Dieses Überwachungssystem wird auch unter der jetzigen Bundesregierung weiter aufgebaut und innerhalb der EU vereinheitlicht. Schily versprach im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 einen Fortschritt in dem Ausbau und der rechltichen Verankerung dieses Systems. Ebenso betonte er das "Instrument der Visumspolitik als eine Maß- nahme zur Verhinderung illegaler Einreise". Mit der seit den 70er Jahren zunehmend auf heute 140 Staaten ausgeweiteten Visumspflicht wird immer mehr Menschen international die Einreise erschwert bzw. verweigert- je nach Willkür der deutschen bzw. europäischen Be- hörden, die in 5 Jahren diese Politik einheitlich regeln sollen. Die Visaanträge dienen dazu als gigantischer Datenpool (Jährlich 2,5 Millionen Anträge) der vom BGS über das Ausländerzentralre- gister innerhalb von 2 Sekunden abgerufen werden kann.

Die Festung Europa

Zunehmend wird die eurpäische Abschottungspolitik von der EU, die in Köln tagte vereinheitlicht und koordiniert. Wichtigste Grund- lage dieser Politik ist das Schengener Durchführungsübereinkommen SDÜ, das 1997 im Amsterdamer Vertrag in die EU integriert wurde, und dem inzwischen alle EU-Staaten außer GB, Irland und Dänemark beigetreten sind. In der europäischen Öffentlichkeit wurde der Inhalt von Schengen vor allem als Liberalisierung durch Wegfall der Grenzkontrollen an den Binnengrenzen von Schengen gefeiert. Tatsächlich bezieht sich nur einer der 142 Artikel des SDÜ da- rauf, der Rest beschäftigt sich mit "Ausgleichsmaßnahmen" wie polizeiliche Kooperation, Verstärkung der Kontrollen der Außen- grenzen, Schleierfahndung, Datenerfassung, Visapolitik usw. Er- gebis ist beispielsweise, daß heute mehr BGS-Beamte die deutschen Westgrenzen kontrollieren als vor dem Schengener Abkommen. Zu dem SDÜ gehören auch noch viele der Öffentlichkeit weitgehend vorenthaltene zusätzliche Beschlüsse des Exekutivrats von Schengen über weitere Formen der Aufrüstung zur Flüchtlingsabwehr - völlig losgelöst von parlamentarischer Kontrolle sind auch sie nun Teil der EU geworden. Mit der Integration des SDÜ in die EU ist der Druck auf mögliche EU-Beitrittsländer gestiegen, diese Überwa- chungspolitik bereits vor Beitritt zu übernehmen - bei dem Bei- tritt müssen sie alle Beschlüsse des SDÜ sowieso uneingeschränkt unterschreiben.

BGS-Export der EU-Standards in Sachen Flüchtlingsabwehr

Der BGS ist dabei das Organ, das die Grenzpolizeien und Über- wachungssysteme insbesondere der osteuropäischen Nachbarstaaten mitaufbaut und verschärft. In vielerlei Hinsicht spielte die Pra- xis des BGS und die deutsche Abschottungs- und Abschiebungspolitik innerhalb der EU eine Vorbild- und Vorreiterrolle. So wurde das Modell der zunächst bilateral zwischen Deutschland und Ländern wie Rumänien und Polen abgeschlossenen Rückübernahmeabkommen - d.h. die Verpflichtung des Landes ab- und rückgeschobene Flüchtlinge anzunehmen gegen Geld - inzwischen zum europäischen Modell. Mit diesen Abkommen bekommt die entsprechende Regiuerng einerseits Geld, um z.B. wie in Polen mit Hilfe des BGS ihre Polizeisysteme zu modernisieren und steht gleichzeitig unter Druck, selbst ihre Abschiebepolitik vzu verschärfen, um nicht zum Auffangbecken der an der Schengengrezne gescheiterten Flüchtlinge zu werden - der Aufgriff durch den BGS ist so für viele Flüchtlinge nur der Anfang von Kettenabschiebungen manchmal bis zurück in den Staat, aus dem sie geflohen sind. Der Begriff des "sicheren Drittstaates" wird damit zur Farce. Auch bei einer weiteren europäischen Aufgabe, die Schily ebenfalls in seiner Rede vor de Innenausschuß des Euro- päischen Parlamentes betonte, ist der BGS befragt: dem Aufbau von Frühwarnsystemen" bei der "Bekämpfung illegaler Zuwanderung". Mit Verbidnungsbeamten in den ensprechenden Ländern forscht der BGS Füchtlingsrouten

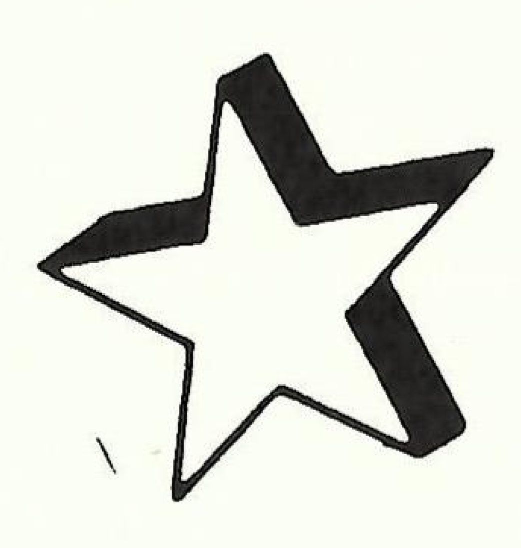
aus, um sie zu zerschlagen, und wertet bevor- stehende Krisensituation hinsichtlich ihrer Folgen für Migration aus.

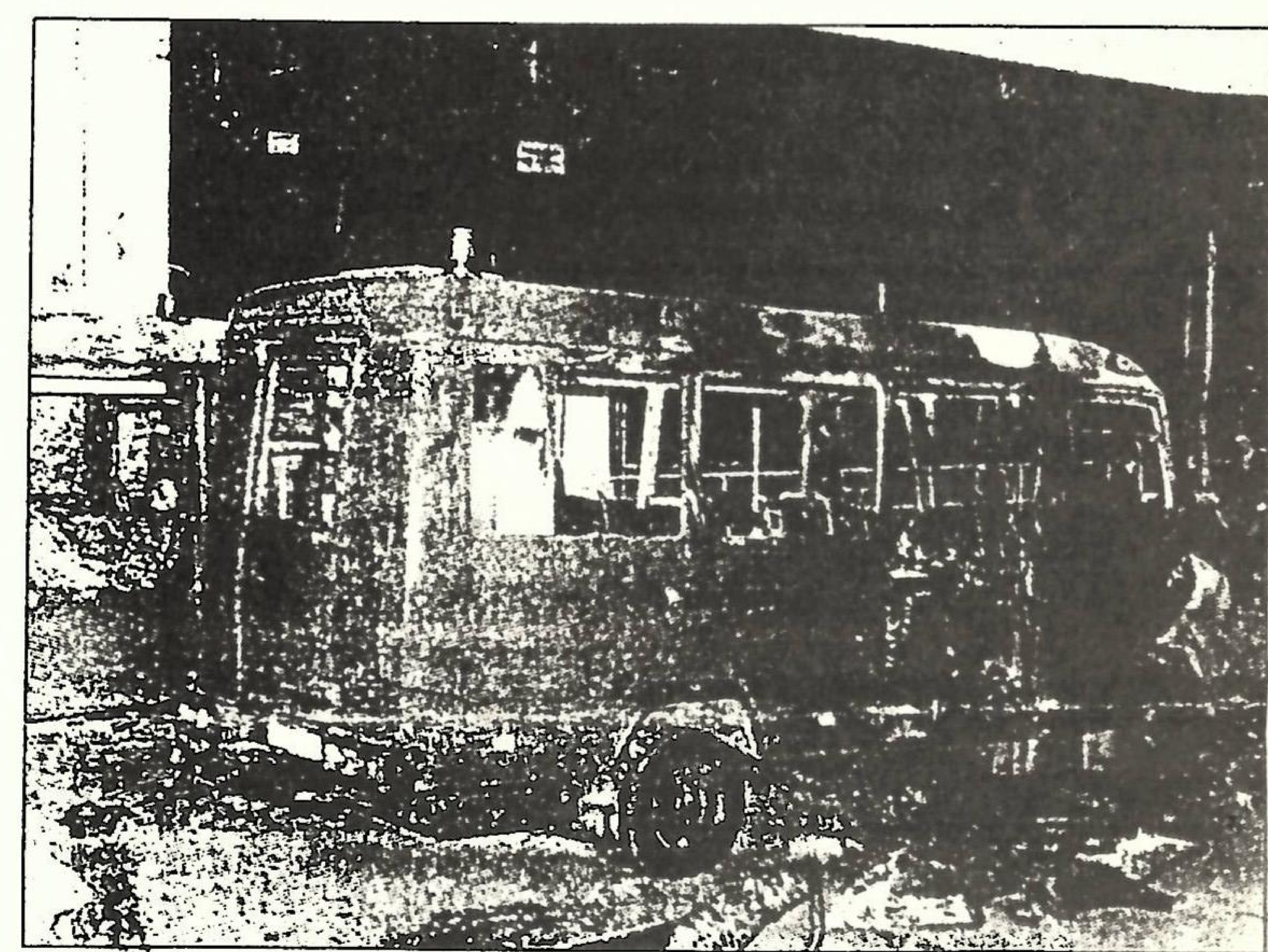
Zerschlagt den BGS! - Der BGS als Ziel eines militanten Antirassismus

Der BGS hat sich seit den 90er Jahren zu einem organisatorisch und logistisch hocheffizienten Repressionssapparat und einem staatlichen Exekutivorgan gegen die weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen entwickelt. Durch interne Umstrukturierungen (bspw. die Einbindung der früher selbständigen Bahnpolizei, Aufstockung des Personals und Budgets), durch gesetzesmäßige Kompetenzausweitungen (30km-Zone, Schleierfahndung, die gesamte BRD als Grenzraum), durch z. T. staatenübergreifende Kooperationen (Länderpolizeien, ZOLL, örtlicher Bevölkerung und entsptechenden osteuropäischen Anrainerinstitutionen) sowie durch eine computertechnische Verdat- ung (SIS, EURODAC, INPOL, AZR u.a.) ist der BGS zum Zentrum einer rassistischen und "phänotypischen" Selektionspraxis geworden. Der BGS fungiert als Instrument der praktischen Umsetzung der fakt- ischen Abschaffung des Asylrechts und ist aufgrund von Grenzkon- trolle und Abschiebungen direkt für Flüchtlingstote verantwortlich und politisch haftbar zu machen. Das Grenzregime des BGS hat für die osteuropäischen Anrainer- staaten eine Vorbildfunktion und wird von diesen Stück für Stück übernommen. Auch in Sachen Auslandseinsätzen von BRD-Repressionsorganen nahm der BGS eine Vorreiterrolle ein, wenn wir die Einsätze in Namibia 1989/90 und Kampodscha 1992/93 betrachten. Mit dem Aufbau eines Frühwarnsystems zur "Bekämpfung illegaler Zuwanderung" geht es künftig um das frühzeitige Ausfindigmachen und Zerschlagen von Flüchtlingsrouten. Als Antwort darauf kann es einem linksradikalen und militanten Antirassismus nur darum gehen, den BGS materiell und personell zu attakieren.

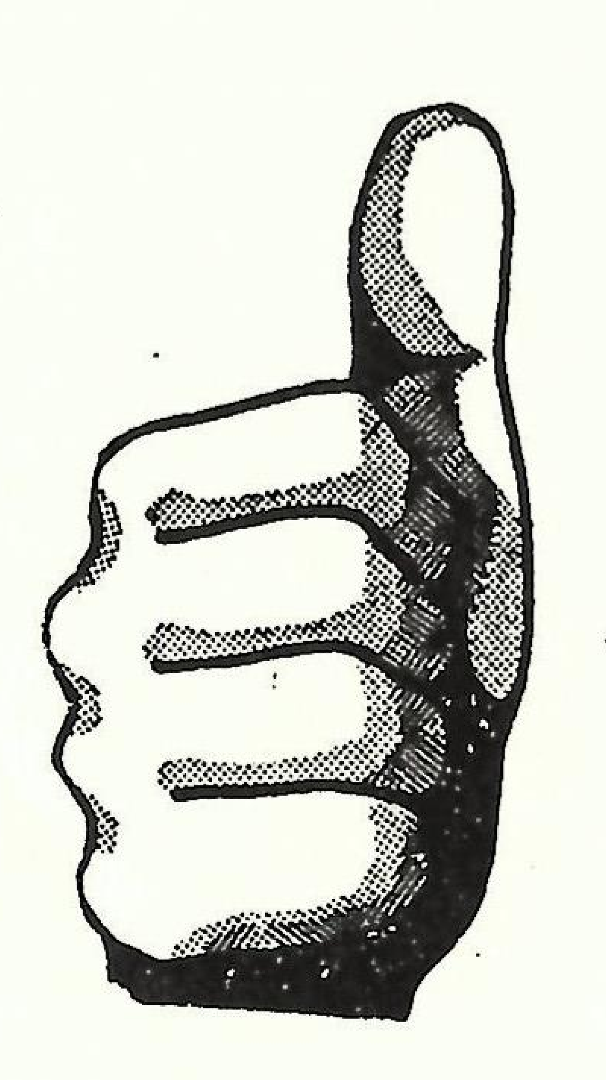
militante Gruppen Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb

9. Juni 1999





Ostbahnhof, morgens gegen 3.30 Uhr: Unbekannte steckten die Einsatzwagen des Bundesgrenzschutzes in Brand. Politische Motive sind nicht auszuschließen



■ Brandanschlag auf BGS-Fahrzeuge

Unbekannte haben einen Brandanschlag auf Fahrzeuge des Bundesgrenzschutzes (BGS) verübt. Die Täter setzten gestern früh in unmittelbarer Nähe des Ostbahnhofes ein BGS-Einsatzfahrzeug in Brand, wie die Polizei mitteilte. Die Flammen griffen auf einen daneben geparkten Gruppenwagen über. Die Feuerwehr löschte den Brand. Über die Höhe des Sachschadens konnten keine genauen Angaben gemacht werden. Der Polizeiliche Staatsschutz ermittelt. ADN

3. MANIFEST DER PEOPLES LOCAL ACTION, PLA

SABOTAGE IM UNTERGRUND STAUS AUF DER DATENAUTOBAHN.

In der Nacht vom 2. auf den 3. Juni haben wir unmittelbar vor Beginn des EU-Gipfels am mehreren Stellen versucht die Kommunikation per Glasfaser im Raum Köln lahmzulegen.

Die mittlerweile fast europaweite Umstellung auf Glasfaserkabel ist notwendig geworden, um die gigantischen Datenmengen auszutauschen, die für das reibungslose Funktionieren unserer Gesellschaft notwendig sind.
Die Ansprüche an die Kommunikation auf der Ebene der Mächtigen sind sehr gestiegen, um sich ohne große Zeitverzögerung zu koordinieren. Seien dies internationale Konzerne, die auf Grund von Streiks bestimmte Zubehörteile statt in Brasilien dann eben in Taiwan produzieren lassen, oder seien dies Minister der Europäischen Union, die ihre von Immunität geschützten Polizisten länderübergreifend koordinieren.
Einerseits hat die Computertechnologie hat auch innerhalb der PLA viele FreundInnen, denn im Internetbereich gibt es immer noch erstaunlich viel herrschaftsarme und selbstbestimmte Bereiche. Aber andererseits ist das Internet auch ein trojanisches Pferd, das neue Formen der Entfremdung und Herrschaft in sich birgt. Den Informationstechnologien wohnt eine neue Dimension sozialer Zerstörung und Vereinzelung inne. Normale menschliche Kommunikation wird zunehmend durch die Kommunikation mit Rechnern erstzt werden. Zu den seit der Einführung des Fernsehers in die Millionen gehende Zahl von Menschen, die vor ihrer Flimmerkiste vereinsamt sind, werden weitere viele Millionen Menschen kommen, die durch die Flucht in die virtuellen Welten des Cyberspace vereinzeln werden.
Alle brauchen die Glasfasertechnik, ohne sie geht es nicht mehr. Aber genauso sehr wie sie sie brauchen, genauso angreifbar ist sie auch. Die Glasfaserkabel liegen in der Erde und sind so für jede/n erreichbar. Schnipp, schnapp und schon gehen bei der EU die Computer aus. Weisses Rauschen heißt das. Das ärgert die Herrschenden und freut uns sehr.

Innerhalb von 14 Tagen erlebt die Stadt Köln im Kriegsmonat Juni ein Stelldichein der politischen Klasse des globalen Kapitals. Zuerst kommen die Regierungschefs der Europäischen Union (EU) zusammen und zwei Wochen später versammeln sich die Chefs der 7 wichtigsten Industriestaaten der Welt in der Domstadt zum sogenannten Weltwirtschaftsgipfel.

Es wird eine einzigartige Demonstration der Macht und Arroganz der ideologischen Vertreter des Neoliberalismus zelebriert werden. Die Herrn der Welt werden von ihren Hotels in schwer gepanzerten Limosinen durch hermetisch abgesperrte Straßen zu Empfängen, Konferenzen und Galaessen kutschiert werden. Tausende von Polizisten müssen dafür sorgen, daß die Bevölkerung ja nicht in zu engen Kontakt mi'. den Politikern gerät. Dabei werden sich die mächtigsten Manager der größten Konzerne der Welt eher im Hintergrund halten. Aber dennoch sind diese Herrn aus den Vorstandsetagen von General Motors, Daimler Benz, Deutsche Bank, Siemens und Sony die eigentlichen Strippenzieher in Köln. Für die Multis geht es um die "weitere Deregulierung der Welthandelsströme und um den weiteren Abbau von Investitionshemmnissen".
Unter Investitionshemmnissen verstehen die Bosse insbesondere ökologische und soziale Standards. Auch die minimalsten gewerkschaftlichen Rechte und Naturschutzvorschriften sind für ihre weiteren Expansions- und Herrschaftspläne nur Störfaktoren.
Beratend für die Multis sind zahlreiche Bürokraten aus den supranationalen Institutionen wie der Internationale Währungsfond (IWF) oder der Welthandelsorganisation (World Trade Organisation, WTO) ebenfalls in Köln anwesend. Diese sind die Schreibtischtäter, die die neoliberale Politik besonders gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Staaten des Südens mit dem Knüppel von harten Verschuldungskreditauflagen durchsetzen. Zu leiden haben hierunter immer die Ärmsten der Armen, denn diese Auflagen bedeuten Hunger, Elend, Entwürdigung und Entrechtung. Da freuen sich die Schreibtischmörder beim gemeinsamen Fototermin...

SOLIDARITÄT MIT DEM WIDERSTAND GEGEN DIE GLOBALISIERUNG!

Durch die Globalisierung ist der weltweite Abbau von Zöllen und die Liberalisierung des Handels sowie der Abbau von sozialen Schutzvorschriften bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen beschleunigt worden. Dies hat den reichen Ländern des Nordens, besonders den Großkonzernen und den Bonzen, in den letzten Jahrzehnten noch mehr Reichtum verschafft. Doch wo Reichtum angehäuft wird, ist Armut nicht weit. Noch vor einigen Jahren beschränkten sich die Armutsregionen hauptsächlich auf die Entwicklungsländer, die Länder des Südens. Heute gehören alle ehemaligen realsozialistischen Ländern dazu und die Armut hat auch Einzug in die Metropolen Europas und Nordamerikas gehalten. Allein in der EU gibt es mehr als 50 Millionen soziale Entrechtete!

Heute sind mehr als 3/4 der Weltbevölkerung von den 'Segnungen' des entfesselten globalisierten Kapitalismus ausgeschlossen. Diese Ländern und Menschen sind nur noch für die Herrn der Welt interessant, wenn um es Rohstoffe, Transportwege oder um das ungeheure Reservoir an billigen Arbeitskräften geht.
Der Kapitalismus produziert fortwährend Ungleichheit und Klassenunterschiede. Das gehört zu seinem Wesen. Gerechtigkeit, Würde und Solidarität sind Fremdwörter für das Kapital - ja sie sind Störfaktoren, die es zu beseitigen gilt. So ist es auch kein Wunder, daß das gegeneinander konkurrierende, transnationale Kapital sich in grundlegenden Fragen einig ist: Jegliche entschiedene Gegenmacht, sei es die von Gewerkschaften, Frauengruppen, Bauernorganisationen oder gar Guerillaorganisationen wird mit allen Mitteln bekämpft. BMW wird mit der Zusage in die Südstaaten der USA gelockt, daß keine Gewerkschaft in dem hochmodernen Werk tätig sein darf.
Aber die Opposition gegen die brutale Globalisierung und Unterwerfung aller Menschen unter das Diktat des Kapitals wächst wieder in den letzten Jahren. Vor allem aus der sogenannten Dritten Welt kommen neue Bewegungen, die sich über Ländergrenzen hinweg zu koordinierten Aktionen gegen die mörderische Weltherrschaft des Kapitals zusammentun. In der 1998 gegründeten People Global Action (PGA) sind so unterschiedliche Gruppen wie die brasilianische Landlosenbewegung, die mexikanischen Zapatisten der EZLN oder die südindischen Bauern der KRRS zusammengeschlossen. Die PGA will nicht wie die klassischen Nicht-Regierungsorganisationen die vermeintlichen Errungenschaften der 'Zivilgesellschaft' weltweit durchsetzen, sondern PGA will "Brücken bauen zwischen verschiedenn Gesellschaftsbereichen, Völkern und Organisationen, die bereits heute über die ganze Welt zerstreut die Globalisierung bekämpfen." Wenn die Bauern in Südindien, im Rahmen einer gewaltfreien Aktion, sich mit dem Abbrennen von Feldern mit genmanipulierten Pflanzen gegen den Agrarmulti 'Monsanto' wehren, so läßt sich sehr schnell eine Nähe zu den Kämpfen hier in Europa gegen die Gen- und Biotechnologie herstellen.

PROTEST UND WIDERSTAND ALLERORTS

Wenn in Köln gegen die EU und gegen den WWG demonstriert wird, dann werden damit neue Brücken zu Widerstandsgruppen in anderen Kontinenten geschlagen. Und wir als die GegnerInnen des Weltkapitalismus werden in dem Bewußtsein unsere Widerstandsaktionen durchführen, daß sowohl in Chiapas wie in Südindien oder auf den Phillippinen unzählige Menschen diesen Widerstand mit lokalen Aktionen vorantreiben.

Auf dem EU-Gipfel wird von den Herrschenden ein neues Aktionsprogramm im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verabschiedet werden. Dieses wird genauso wirkungslos sein wie die bisherigen, weil das Kapital innerhalb der EU kein Interesse am Abbau der Arbeitslosigkeit hat. Denn mit der hohen Arbeitlosigkeit lassen sich weiterhin sehr gut die Löhne drücken und die letzten sozialen Rechte der ArbeiterInnenn beiseiteschieben.
In Köln wird aber auch über einen sogenannten Marshallplan für den Balkan beraten werden. Der Zynismus der Kriegstreiber aus den NATO-Staaten erreicht damit einen neuen Höhepunkt. Erst wird Jugoslawien einschließlich des Kosovo in Schutt und Asche gelegt, und wenn das in der Person von Milosevic personifizierte Böse kapituliert hat, winken diesselben Herrn mit Milliarden von Dollar und bauen neue Fabriken nach kapitalistischem Standard auf und lassen z.B. Autos von Daimler-Chrysler statt dem veralteten Yugo produzieren. Dass damit weder serbischer, albanischer oder sonst ein widerwärtiger Nationalismus bekämpft wird, ist ganz im Sinne der Herrn der Welt.
Wir sind uns darüber im Klaren, daß der Kampf nicht nur auf die wirtschaftliche Ebene beschränkbar ist, sondern genauso entschieden gegen das Militär, die Militarisierung der Gesellschaft und gegen Rassismus und Sexismus zu führen ist. Aber in Köln werden bei den Demonstrationen und Gegenkongressen die verheerenden Folgen der Globalisierung für das Überleben in Würde und Gerechtigkeit des Großteils der Weltbevölkerung im Zentrum stehen. Und der Hauptgegner ist nun mal dafür das kapitalistische und patriarchale Herrschaftssystem.

Peoples Local Action (PLA)



in der nacht zum 14.06.1999 wurde bei dem laden artefakt in der greiswalder str. 162 in berlin-prenzlberg die schaufensterscheibe zerstört. im artefakt werden waffen, ' schmuck ', und bücher für " mittelalterfans, aber auch anhänger germanischer mythen, zu - meist junge rechte " (berliner zeitung) verkauft. unteranderem gibt es das buch ' vom ursprung der deutschen ' vom faschistischen grabrt - verlag. " ein kapitel heisst : 'blonde haare, blaue augen - die genetische mitgift ' ." (berliner zeitung) nachdem die versich - erung des ladenbesitzers thomas selaskowski bereits zwei mal für glasschäden aufkommen musste, befürchtete er laut dem artikel in der ' berliner zeitung ' bei einem weiteren angriff den versicherungsschutz zu verlieren. wir hoffen dies ist nun eingetreten.

antifa heisst angriff!

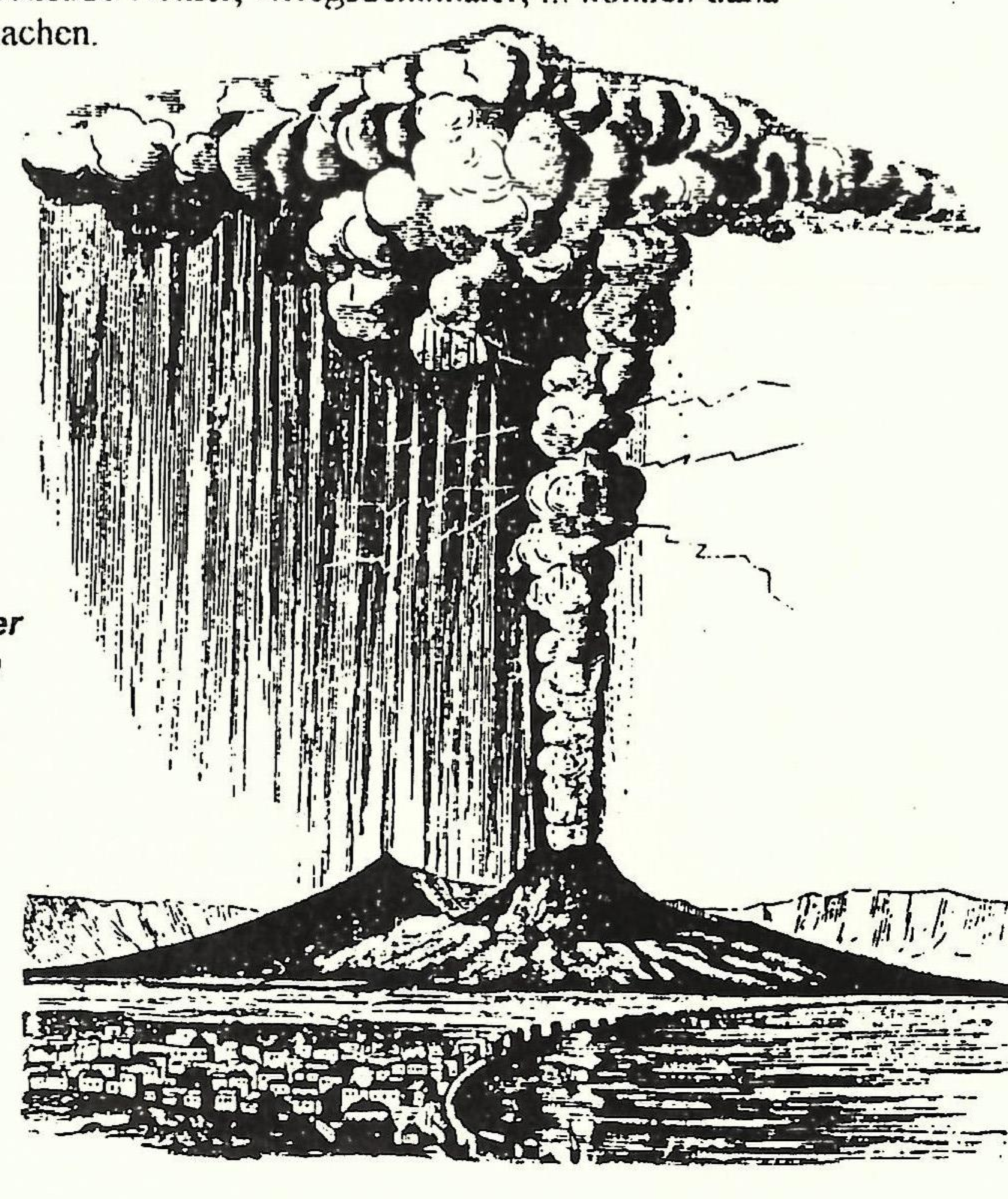
nazi - läden in den ruin treiben!

der kleine stein mit grosser wirkung



Wir haben in der Nacht zum 5.Juni bei dem langjährig aktiven Faschisten (Wiking Jugend,REP's,Die Nationalen e.V.,Kameradschaften Beusselkiez und Mitte/Prenzlauer Berg) Michael Aulich in der Trachtenbrodtstr. 14 (in Berlin) mehrere Scheiben (hinten) eingeworfen.
Am 5.6. wollten Nazis in Hamburg für "Ruhm und Ehre der Waffen-SS"und gegen die 'Wehrmachtsausstellung' demonstrieren. Wir begreifen unsere Aktion als Teil der vielfältigen militanten Intervention gegen diesen Aufmarschversuch. Angriffe gegen faschistische Kader und Zentren, mit Nazis kooperierende Busunternehmen, geschichtsverdrehende Hetzer, Kriegsdenkmäler, ... können dazu beitragen Naziaufmärsche zu einem Fiasko zu machen.

autonome Antifas



in der nacht vom fünftem auf den sechsten juni 1999 haben wir in treptow-plänterwald bei dem blauen ford sorpio B-WL 921 des treptower npd-aktivisten fabian müller die scheiben eingeschlagen und die reifen abgestochen. damit wollten wir uns für den faschistischen npd-wahlkampf bedanken.
nazis in den ruin treiben !
scheiben einwerfen, schlösser verkleben, reifen abstechen kann jede und jeder !!
es lebe die PMS (politisch motivierte sachbeschädigung)

autonome antifas

Antifa-Aktionen

Wir haben in der Nacht vom 1.Juni zum 2.Juni im Naziladen "Walküre", in der Kleinschmiedstraße in Stralsund mittels "Fensterbruch" für besseres Raumklima gesorgt, außerdem brachten wir an der Hauswand den Spruch "Keine Räume für Faschisten" an.
Der Laden existiert seit dem Frühjahr 99`und ist Anziehungspunkt für Faschisten jeglicher Coleur, er bietet auf 2 Etagen alles was das braune Herz begehrt.
Angeboten werden CDś (Ian Stuart, Brutal Attack, Screwdriver, Kraftschlag, ...), die allesamt auf dem Index stehen; dazu eine große Auswahl an Militaria, wie T-Shirts, Jacken (HH88(Heil Hitler), KKK(KuKlux Klan), Consdaple, Pit Bull Hooligan, ...) und Fanzines autonomer Kameradschaften.

Wo wir am Leben gehindert werden,
fängt unser Widerstand an

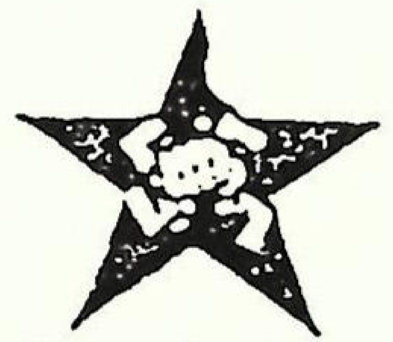
Außerdem ersteht man hier Karten für Busfahrten zu regionalen und überregionalen Nazidemos, die von der Stralsunder NPD/JN gesponsort werden.
Wir protestieren damit gegen die immer mehr anwachsende organisierte NeoNaziszene in Stralsund und anderswo einerseits, und nehmen andererseits Rache für Jan, der am 11.Mai (2 Tage nach einer NPD Demo in Stralsund) von 2 bekannten Jugendlichen aus der Naziszene halb tot geschlagen wurde, weil er sich schützend vor einen schwedischen Austauschschüler gestellt hatte.



Wir wehren uns auch gegen die von der Lokalpresse (Ostsee-zeitung) initiierte Kampagne, für die Gleichschaltung von links und rechts und der bewußten Lüge der Überfall auf Jan wäre unpolitisch gewesen.

Stralsunder Faschisten ihr seid bekannt und angreifbar!!!
Keine Räume für Faschisten!!!
Für die militante Initiative!!!

VOLKSPORT STRALSUND
E.I.N. G.R.Ü.P.P.C.H.E.N.



Kampf dem Faschismus !

erklärung

(Dokumentation) wir haben am samstag, den 1. mai 1999, in der wohnung des neonazis stephan pfingsten in der langen geismarstraße 68 eine revolutionäre durchsuchung durchgeführt.
wir nutzten seine anwesenheit auf einem der kläglichen faschistischen aufmärsche am 1. mai, um uns ungestörten zugang zu seiner wohnung zu verschaffen, diverse materialien zu beschlagnahmen und einen teil seines mobiliars zu zerstören.
faschisten wie pfingsten haben in göttingen keine ruhe mehr und sollten diesen angriff als warnung verstehen.
die schonfrist ist abgelaufen - neonazis verpisst euch aus göttingen!
um unsere entschlossenheit zu unterstreichen haben wir ein rotes feuerzeug auf seinem bett hinterlassen. wir können auch anders.
den organisierten neofaschismus zerschlagen!
für die militante offensive!
autonomes kommando -revolutionärer 1. mai-

7. Juni '99



NEWS

NPD-Helfer verletzt

Potsdam. Mit einer Gaspistole hat ein Passant am Sonntag in Potsdam auf Plakatekleber der rechtsextremistischen NPD geschossen. Einer der vier Wahlhelfer wurde am Kopf verletzt und mußte sich ambulant behandeln lassen, so die Polizei in Potsdam.

Wir haben in der Nacht vom 21. auf den 22.4. bei den Burschenschaften 'Germania', Am Taubenfelde 32 und Landsmannschaft Niedersachsen, Am Weddigufer 20, die Türschlösser verklebt, jeweils ein Burschi-Auto tiefergelegt und bei den Germanen die Eingangstür mit Anti-Kriegs-Plakaten verklebt.
Bei der Germania fand in der Woche zuvor ein geschichtsrevisionistischer und kriegsverherrlichender Vortrag mit Franz Uhle-Wetter statt. Daran nahmen außer den Germania-Typen auch Mitglieder der Landsmannschaft Niedersachsen teil. Uhle-Wetter ist General a.D., war Kommandeur einer NATO-Akademie in Italien und beschwört vor allem die Ehre und 'Ritterlichkeit' der deutschen Soldaten, allen voran die Waffen-SS. Partisanen sind für ihn Kriegsverbrecher und Geiselerschießungen à la Priebke unbedenklich. Gesprochen hat der feine Herr auch schon bei der 'Sommeruniversität' der Jungen Freiheit und der Deutschen Kulturgemeinschaft (DKG/BKP), die u.a. eng mit der 'Notgemeinschaft' und zu Zeiten ihrer Existenz, mit der Wiking-Jugend zusammenarbeitet(e), sowie bei diversen rechten Lesezirkeln und den 'Ludendorffern', einer religionsartigen Gemeinschaft, die schon im 3. Reich Grundsatztheorien zum Herrenmenschentum verbreitete und nach '45 vorerst verboten war. Weiterhin schreibt er für 'Criticon' u. 'Europa Vorn'.
In Hannover ist er erst letztes Jahr als Referent für die 'Gesellschaft für Wehr -u. Sicherheitspolitik' u. die 'Ost -u. Mitteldeutsche Vereinigung' unangenehm aufgefallen. Da wir am Tag des Vortrages leider verhindert waren, sollte diese kleine Aktion im nachhinein den Burschis etwas zu denken geben...



Keine Promotion für Rechts

Schluß mit dem braunen Spuk auf dem Partisan.net-Server

Von Karl Müller

Im Editorial der Nr. 2/99 gaben wir der Hoffnung Ausdruck, "daß den Herren Rabehl und Mahler alsbald kulturrevolutionäres Feuer unterm braunen Arsch gemacht wird". Wir wurden nicht enttäuscht.

An der FU Berlin wehrten sich Studierende und Lehrpersonal gegen Rabehls völkisch-rassistischen Ergüsse. Im gewerkschaftlichen Spektrum wurde die Forderung erhoben, daß Rabehl nicht mehr "Vertrauensdozent" der Gewerkschaft an der FU sein könne. Mahlers braune Montagstruppe konnte fortan nicht mehr unbehelligt auftreten. Bei Partisan.net entstand die SDS-Website, wo ehemalige GenossInnen aus APO-Zeiten selig, sich redlich bemühten, den Nachweis zu führen, daß ihre Revolte damals nicht so gemeint war ("Nationalisten waren nie"), wie die Herren Mahler, Rabehl und andere Konvertiten sie heute einschätzen.

Bei soviel Gegenwind entschied sich Rabehl, Gerichte zu bemühen und vermeldete per Internet Verlust von Propandamaterial nebst Aktentasche. Bürgerliche Medien nahmen sich dieser braunen Umtriebigkeit an und besonders Mahler wurde zum begehrten Objekt der Berichterstattung. Quasi zur ideologischen Höchstform aufgelaufen verkündete er unlängst in der TV-Sendung Kontraste, daß Hitlers "Mein Kampf" substantielle theoretische Einsichten in den Gang der Geschichte beinhalte.

In der Auseinandersetzung mit ihren Exgenossen - wie sie in der SDS-Website dokumentiert ist - geben sich die ehemaligen SDSler angesichts dieser Entwickungen auf Seiten ihrer Exgenossen äußerst moderat. Sogar unbeschadet der Tatsache, daß die Texte jener braunen Herren zu Rassenhaß und Gewalt aufrufen bzw. solche Regungen gezielt befördern helfen, suchen sie - mehr oder minder irgendwie - den Diskurs. Statt einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, veröffentlichen sie deren Texte - wenn auch nur zu Dokumentationszwecken, obgleich selbige im Internet vorrätig sind.

Anders verhält es sich bei der Onlineversion des "Politmagazins" Kalaschnikow. Alle Texte, die Rabehl seit seinem rassistisch-völkischem Coming-Out vor der schlagenden Verbindung Danubia produziert hat, werden dort veröffentlicht. Und damit kein Zweifel aufkommt, daß man sein Verleger ist, samt und sonders mit dem Kalaschnikow-Copyright belegt. In der Printausgabe (Kalaschnikow Nr. 12) wird dafür geworben und ein Buchprojekt mit Rabehl als Autor angekündigt. Für den 2. Juni 1999 lädt die Redaktion zu einer Veranstaltung mit Rabehl im Haus der Demokratie ein. Darüber wie die Macher der Onlineversion um Stefan Pribnow neben ihrer verlegerischen Unterstützung inhaltlich zu Rabehls Texten stehen, lassen sie keinen Zweifel aufkommen. Kleine Logos markieren Rabehls Texte als "TOP". Antifaschistische Kritik an Rabehl dagegen wird disqualifiziert.

Lobenswert war der Versuch der Interim (Ausgabe Nr. 476 "Wisch und weg!") diese Entwicklungen im Partisan.net anzuprangern. Doch zu milde und damit leider falsch ist ihre Einschätzung, es handele sich im Falle der Online-Kalaschnikow um "Rechtenschützer". Nein. Stefan Pribnow und seine Onlinefreunde betreiben Promotion für rechts. Ob dies aus ökonomischen Gründen oder aus innerer Überzeugung erfolgt, sei dahingestellt - was zählt ist das Resultat.

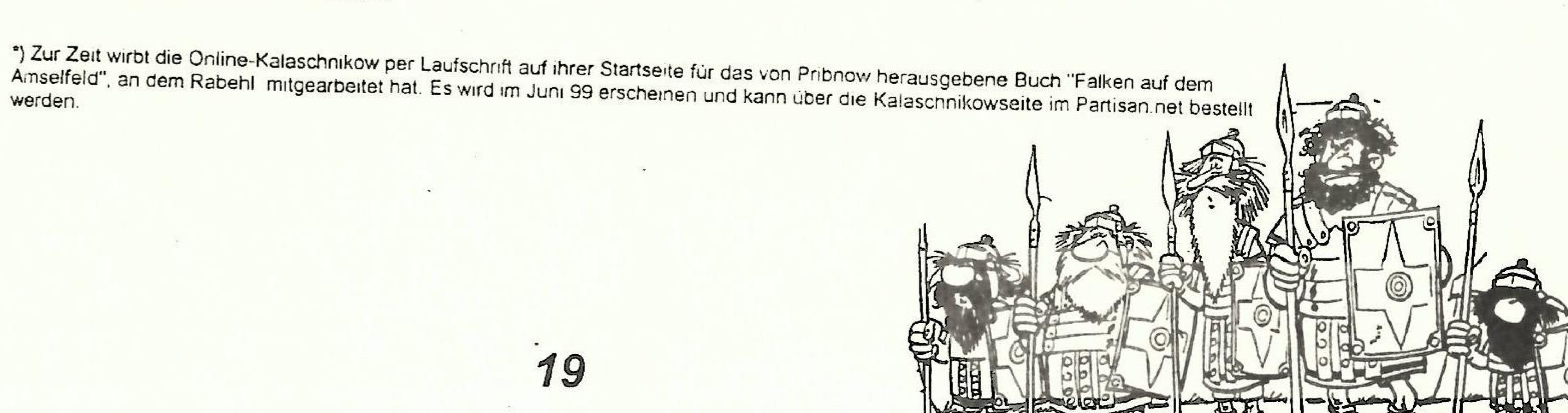
Daß es zwei Kosovo-Antikriegsseiten im Partisan.net gibt, hat seine Ursachen in der Rechtswendung jener Kalaschnikow-Redakteure, die online arbeiten. Am Tage des Ausbruchs des Natokrieges gegen Jugoslawien wurde eine Antikriegsseite eingerichtet. Sie sollte eine gemeinsame Seite von Partisan.net-Leuten werden. Stefan Pribnow bestand darauf, mit einem Rabehltext als Startartikel zu beginnen. Als er daraufhin eine klare Absage erhielt, setzte er Rabehls Text hinterrücks auf diese Seite. Logischerweise flog dieser Text wieder raus und dem Pribnow wurde der Zugang zu dieser Seite gesperrt. Pribnow verbreitete daraufhin in den Netzen und in seinen Zusammenhängen, das Partisan.net würde von Altstalinisten betrieben, die sich als Gedankenpolizei aufspielten. Konsequenterweise forderte er deren Rausschmiß. Unterstützung erhielt dafür nicht. Nicht wenige PartisanInnen wichteten nämlich diese Auseinandersetzungen als rein persönliche, um sich damit einer politischen Positionierung entziehen zu können.

Mit "Augen zu und durch" geht´s jetzt leider nicht mehr weiter. Denn Rabehls Texte befördern und beinhalten Rassenhaß und völkischen Nationalismus. Sie werden nach dem Scheitern der sog. gemeinsamen Antikriegsseite in der Kalaschnikow-Subdomain des Partisan-Netzes verbreitet. Weitere braune Texte, wie die der "Nationalen Anarchisten" aus dem Sleipnir-Dunstkreis, kamen dazu. Die Junge Freiheit hatte seismografisches Gespür als sie unlängst in einem Verriß des Partisan-Netzes der Online-Kalaschnikow annehmbare Seiten abgewinnen konnte.

Wir PartisanInnen können uns nicht auf der einen Seite als linkes&radikales Internetprojekt definieren und andererseits die Verbreitung völkisch-rassistischer Texte auf dem eigenen Server dulden.

Wenn wir nicht unverzüglich(*) diese braune Promotion infolge von Diskussion und Beschluß auf unserem Server unterbinden, dann bliebe die einzige und unattraktive Alternative: Beendigung des braunen Spuks durch die normative Kraft des Technischen.

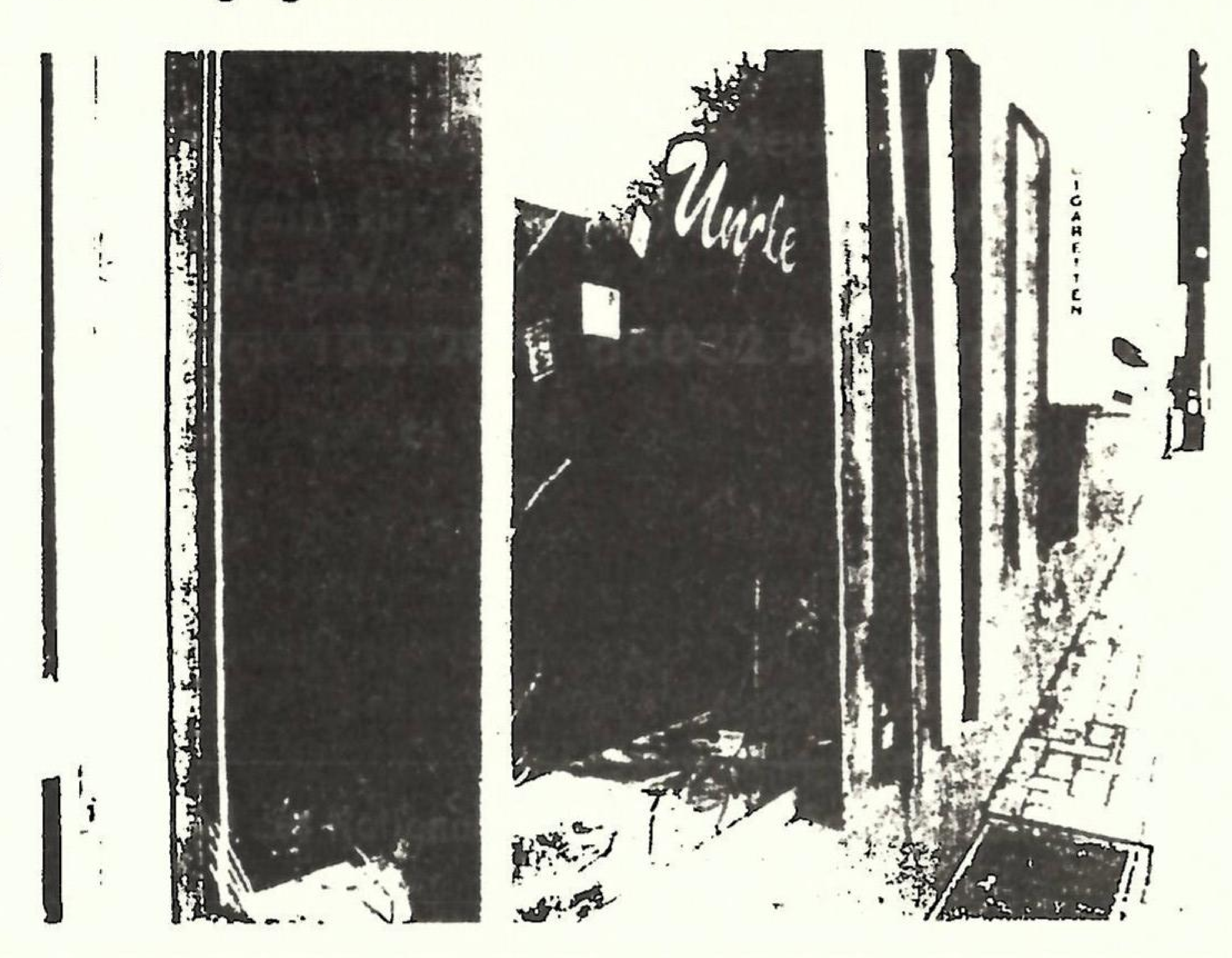
*) Zur Zeit wirbt die Online-Kalaschnikow per Laufschrift auf ihrer Startseite für das von Pribnow herausgebene Buch "Falken auf dem Amselfeld", an dem Rabehl mitgearbeitet hat. Es wird im Juni 99 erscheinen und kann über die Kalaschnikowseite im Partisan.net bestellt werden.



Antifa

Kampf dem Naziladen "Studio 88" in Neunkirchen / Saar

Auch im Saarland versuchen Nazis, wie bundesweit, verstärkt in gesellschaftliche Bereiche vorzudringen. So gab es in der Landeshauptstadt Saarbrücken in den letzten 12 Monaten zwei Nazi-Großaufmärsche.
Am 30. Mai 1998 führten die Republikaner, der belgische Vlaams Block, sowie die französische Front National eine Kundgebung gegen die Einführung des Euro durch. Daran beteiligten sich fast 500 Anhänger dieser besagten faschistischen Organisationen. 5000 Menschen demonstrierten an diesem Tag gegen diese Kundgebung. Etwa 400 AntifaschistInnen versuchten an den Polizeisperren vorbei an die faschistische Kundgebung zu gelangen. Nach Zusammenstößen mit der Polizei wurden knapp 100 AntifaschistInnen festgenommen.
Am 20. Februar diesen Jahres zogen ca. 400 Neo-Nazis unter Federführung der saarländischen Jungen Nationaldemokraten (JN) durch Saarbrücken, um anläßlich der Ausstellung "Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" ihre nationalsozialistischen Parolen zu verbreiten. Etwa 150 AntifaschistInnen versuchten zum Startplatz der Nazidemo zu gelangen. Auch hierbei kam es zu mehreren kleinen Auseinandersetzungen mit der Polizei und anreisenden Neo-Nazis. Über 1300 Menschen demonstrierten gegen den Naziaufmarsch. Mehr als 120 AntifaschistInnen wurden festgenommen.
Die wohl spektakulärste faschistische Aktion dieses Jahres im Saarland, war der Bombenanschlag gegen die Wehrmachtsausstellung in den Morgenstunden des 9. März. Dabei wurde das Volkshochschulgebäude und eine angrenzende Kirche schwer beschädigt.
Als faschistische Hochburg im Saarland zählt die 40.000 EinwohnerInnen zählende Kreisstadt Saarlouis. Dort haben es die Neo-Nazis mittels Straßenterror und Akzeptierender Jugendarbeit geschafft, sich als politischer Faktor zu etablieren und sich bisher erfolgreich dem antifaschistischen Widerstand zu widersetzen. Die Kameradschaft "Horst-Wessel Saarlautern"[1] nimmt an zahlreichen regionalen, sowie bundesweiten faschistischen Aktionen teil. Zahlreiche Verbindungen und Kontakte existieren auch zur saarländischen JN.
Nun versuchen die saarländischen Neo-Nazis ihren Wirkungskreis erheblich auszuweiten. So richteten sie Ende '98 in Neunkirchen einen Laden mit dem bezeichnenden Namen **"Studio 88"** ein. Die Zahl 88 steht im Neo-Nazijargon als Code für "Heil Hitler"(H ist der 8. Buchstabe im Alphabet). Dort werden T-Shirts mit den Aufdrucken "Faschist" und "Skins Germany", sowie Waffen und Tonträger mit faschistischen Texten offen vertrieben. Dieser Laden wird maßgeblich organisiert von **Peter Strumpler** und **Matthias Lindner**.
Peter Strumpler ist die Führungs- und Integrationsfigur der oben erwähnten "Kameradschaft Horst-Wessel Saarlautern". Über sein Handy wurden die Busfahrten aus dem Saarland zu dem JN-Kongreß in Passau und zu der Nazikundgebung am 1. Mai '98 in Leipzig koordiniert.
Matthias Lindner gibt gemeinsam mit seiner Freundin ***Anja Busch*** das Skinhead-Fanzine **"Der gestiefelte Kater"** heraus. Dort werden faschistische Bands interviewt, rassistisches Gedankengut verbreitet und von den verschiedensten Nazikonzerten berichtet.
Gegen das **"Studio 88"** entwickelt sich auf den verschiedensten Ebenen Widerstand. Mindestens viermal gingen die Scheiben des Ladens zu Bruch.



Am 06-04-99 gründete sich das "Aktionsbündnis: Kein Naziladen in Neunkirchen", bestehend aus: Offenes Antifaschistisches Komitee Neunkirchen(OAK); Antifaschistische Aktion Neunkirchen; VVN- Bund der Antifaschisten; DKP; SDAJ; DGB- Neunkirchen. Dieses Bündnis hat sich die sofortige Schließung des Ladens zum Ziel gesetzt.

Zur Erreichung dieses Zieles ist unter anderem in absehbarer Zeit auch eine antifaschistische Demonstration in Neunkirchen geplant. Achtet auf weitere Ankündigungen!

Faschistische Strukturen aufdecken und zerschlagen!

Antifaschistische Aktion Neunkirchen
c/o Verein für kommunikatives Wohnen & Leben e.V.
Postfach 103 207 66032 Saarbrücken

Mai 1999

[1] Während des Nationalsozialismus hieß Saarlouis Saarlautern

Region 10 – Das unbekannte Nazizentrum

Die Region 10 (Ingolstadt, Neuburg, Pfaffenhofen und Eichstätt) ist als Sammelpunkt Rechtsextremer und Neofaschisten in den Medien fast nie näher erwähnt worden und auch in antifaschistischen Kreisen kaum bekannt. Dennoch hat sich unsere Region in den letzten Jahren zu einem Zentrum der rechten Szene entwickelt. Fast unbemerkt siedelten sich wichtige Köpfe aus NPD/JN Kreisen an, fanden Parteitage und andere deutschland- und sogar europaweite Treffen statt. Auch nahm die Präsenz jugendlicher, rechter Skinheads auf den Straßen zu.

Der wichtigste Ausgangspunkt für Aktivitäten der Rechtsradikalen ist wohl ein von Herrn Anton Pfahler gekauftes Grundstück in dem kleinen Dorf Sinning bei Neuburg a.D.. Anton Pfahler war Mitglied in der Wehrsportgruppe Hoffmann, die u.a. für das Bombenattentat am Oktoberfest 1980, bei dem 13 Menschen ums Leben kamen und 200 verletzt wurden, verantwortlich gemacht wird. Jetzt ist er Mitglied bei einigen rechtsextremen Vereinigungen wie der ANSE und der NPD. Am 25.06.98 wurde er bei einer Großrazzia der Polizei festgenommen und inhaftiert. Bei dieser Razzia wurde zahlreiches Waffenmaterial wie Sturmgewehre, Handgranaten, Minen und außerdem umfangreiches, teilweise verbotenes Propagandamaterial sichergestellt. Es gibt auch Pläne, das sinninger Anwesen zu einem alternativen Siedlungsprojekt umzubauen. Dieses soll dann Wohnraum für „ähnlich denkende Deutsche" werden, die dort ihr Leben „arteigen führen" können.

Momentan wird in den Räumen des Anwesens von Anton Pfahler die NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme" gedruckt und vertrieben. Des weiteren wird der gesamte Versandhandel der NPD, sprich Bücher, Fahnen, CD's und Broschüren, von dort aus abgehandelt. Jens Pühse hat ebenfalls seinen Versand nach Sinning verlegt. Interessant ist, daß auch nach der Inhaftierung Anton Pfahlers der Betrieb in Sinning anscheinend ohne Probleme fortgesetzt wurde. Von diesem Zentrum sind auch Busfahrten zu bundesweiten Demonstrationen der NPD, wie nach Passau am 07.02.98 oder am 01.05.98 nach Leipzig, für die Region organisiert worden, wobei jeweils ein vollbesetzter Reisebus zustande kam. Dies ist ein Indiz dafür, daß die NPD/JN hier durchaus ihre Anhänger hat. Für die geplante, aber tags zuvor verbotene NPD-Demonstration am 01.05.99 in Bremen lag die bundesweite Organisation für Anreise in Bus- und Fahrgemeinschaften in den Händen der sinninger NPD-Gruppe.

Bekannte Köpfe der rechten Szene haben sich in Sinning und Umgebung niedergelassen. Erwähnenswert sind u.a. Holger Apfel (JN-Bundesvorstand) und Jens Pühse. Anscheinend fühlt man sich im Großraum Ingolstadt sicher und will von dort aus in Ruhe agieren.

Es fanden in der Region auch einige Veranstaltungen aus dem rechten Milieu statt. So trafen sich am 02.11.97 in Kösching verschiedene rechte Gruppen, um eine bessere Zusammenarbeit anläßlich der bevorstehenden Wahlen zu ermöglichen. Zu dieser Veranstaltung der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH) erschienen unter anderem Mitglieder der „Front Nationale" (Frankreich), „Vlaams Blok" (Belgien), sowie wichtige Köpfe von DVU und den „Republikanern". Hauptredner dieser Veranstaltung waren Harald Neubauer, Vorsitzender der DLVH, und Franz Schönhuber, langjähriger Vorsitzender der REP's und jetzt aktives Mitglied der DVU. An diesem Treffen nahmen über 500 Nazis teil. Es gab eine Gegendemonstration vom „Bündnis gegen Rechts" mit 150 Teilnehmern.

Außerdem organisierte die NPD am 11.07.98 in Ingolstadt eine Demonstration gegen „die Macht der herrschenden Politiker" und für eine „antikapitalistische Wirtschaftsordnung", an der ca. 100 Leute, meist rechte Skinheads, teilnahmen. Zeitgleich wurde an einem anderen Ort eine Gegendemonstration abgehalten. Im Anschluß fand dann in Schweitenkirchen der Bundeskongreß der JN statt. Im Verlaufe dieser Veranstaltung kam es auf dem Marktplatz von Rohrbach zu einer zweiten Demonstration mit öffentlicher Vereidigung neuer Mitglieder, in deren Verlauf Holger Apfel festgenommen wurde. Es bestehen im übrigen sehr gute Kontakte der JN auch zu den REP's, die darin gipfelten, daß deren Direktkreiskandidat Christian Kuttenberger während der Wahlkampfzeit an der NPD-Demonstration in Ingolstadt teilnahm. Erst am 30.05.99 trafen sich in der berchinger Diskothek „Skyline" (ehemaliges „K2") fast 600 rechte Skinheads aus dem In- und Ausland zu einem Konzert mehrerer rechtsextremer Bands. Die völlig überraschte Polizei kontrollierte 300 Teilnehmer und beschlagnahmte dabei Waffen, verbotenes Propagandamaterial sowie verfassungswidrige Fahnen.

Auf den Straßen und in den Schulen der Region trifft man immer öfter auf rechte Skinheads, die gewaltbereit auftreten. So kam es in letzter Zeit immer wieder zu Schlägereien, an denen Skinheads beteiligt waren bzw. die von ihnen ausgingen. Auch werden diese Jugendlichen zunehmend politisiert, was im Raum Ingolstadt bis jetzt eher selten vorkam. Die NPD/JN versucht massiv, diese potentiellen Anhänger an sich zu binden und versorgt sie mit Propagandamaterial.

Wir sind per E-mail: **Ag-A-In@gmx.de** oder via Fax: **089-66617-48355** zu erreichen. Die Postadresse könnt Ihr in Notfällen erfragen.

Aktionsgruppe Antifaschismus Ingolstadt

Antifa

Kriminalisierung Muenchen/Busabfahrt 3.6.99

Ein Versuch einer kurzen Zusammenfassung ueber die Ereignisse am 2.6/3.6.99 um ca. 2:00 waehrend der Busabfahrt aus Muenchen.
Nachdem alle in den Bus gestiegen waren, das Gepaeck fuer Koeln verstaut war und der Bus gerade abfahren wollte stuermen in einer „Rambo-artigen Aktion" USK (UnterstuetzungsSonderKommando) und Bullen vom Staatsschutz , von denen bis zu diesem Zeitpunkt weit und breit nichts zu sehen war, den Bus. Anscheinend wurde der Bus davor durchgehend (verdeckt) observiert. Das USK (in voller Kampfmontur) verhaelt sich aeusserst aggressiv und provoziert die ganze Zeit ueber die anwesenden Menschen im Bus. Von K14 Bullen (politische Polizei) wird nach mehreren GenossInnen gesucht, gegen die Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem 3.6. in Koeln laufen. Sie werden im Bus aber nicht angetroffen. Die Menschen aus dem Bus muessen einzeln nacheinander aus dem Bus aussteigen, werden mit Scheinwerfern angestrahlt und gefilmt. Danach werden sie und das mitgefuerte Gepaeck gefilzt.
Ein Mensch der durch politische Taetigkeiten bekannt und vorbestraft ist wird aus fadenscheinigen Gruenden festgenommen und in Unterbindungsgewahrsam gesteckt. Dort sitzt er in einer kleinen gekachelten Zelle totallisoliert bis Freitag abend (17:00h). Ihm wird waehrend seiner Haft sogar ein Stift zum Schreiben verweigert.
Weiter werden nicht zuordbare Gegenstaende beschlagnahmt. Nach ca 1Std 45Min kann der Bus weiterfahren.

P.S.:Wir gehen davon aus das mind. 4 weitere Menschen in Unterbindungsgewahrsam genommen worden waeren, haetten die Bullen diese im Bus angetroffen.

Gruesse GHOSTBUSTERS

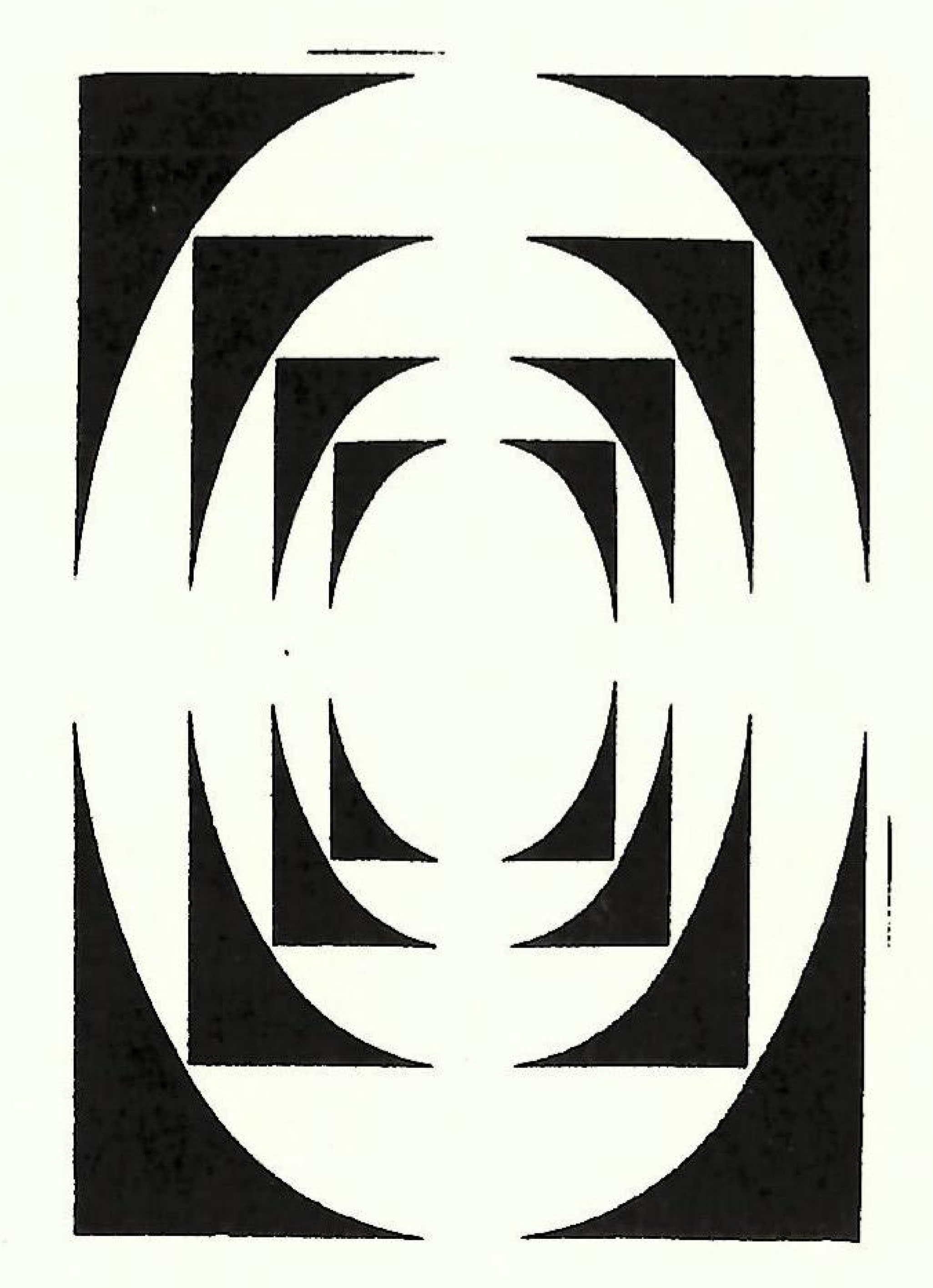
Hausdurchsuchungen in München

In Muenchen gab es am 27.5.99 zwei Hausdurchsuchungen und ED-Behandlungen wegen politisch motivierter Sachbeschaedigung (Plakatieren). Bei einer der betroffenen Wohnungen wurde etliches Material beschlagnahmt. Bei der anderen Wohnung wurden ausschliesslich Broschueren zum bewaffneten Kampf mitgenommen. Ausserdem laufen mehrere Ermittlungsverfahren wegen Aufforderung zu Gewalttaten/Straftaten/Sachbeschaedingung (wegen verkleben von Spuckis!!!).

Gegen die Kriminalisierung des linksradikalen Widerstands!
Wir werden niemals unser Maul halten!!

Wir sehen uns in Koeln,
bis dahin alles gute

GHOSTBUSTERS



Am Mittwoch, den 2. Juni 1999 um 7:00 fanden 2 neue Hausdursuchungen durch Bullen vom K14 (politische Polizei; Krug, Samietz, ...) wegen oeffentlicher Aufforderung zu Straftaten statt. Beschlagnahmt wurden Arnis Stoecke, 1 Computer und mehrere Flugblaetter. In der einen der durchsuchten Wohnungen wurde nichts von den erhofften Gegenstaenden *"Druckwerke, schriftliche Unterlagen und Gegenstaende, die ein geplantes gewalttaetiges Vorgehen auf der Demonstration am 3.6.1999 in Koeln belegen koennen"* gefunden. Weitere Begruendungen aus der von der Staatsanwaltschaft Muenchen 1 angeordneten Hausdurchsuchungen waren:
...."*Aufgrund der am 20.5.99 sichergestellten Unterlagen, insbesondere den "Spuckis", auf denen die Comic-Figuren Donald Duck, Tick, Trick und Track beim Schießen mit Steinschleudern abgebildet sind, besteht der Verdacht dass der Beschuldigte zum Fuehren von Waffen auf Versammlungen und deren Einsatz gegen Sachen oder Menschen aufgerufen hat.* ...."

Auf nach Koeln! Jetzt erst recht!!

Den Kriminalisierungsversuchen von Staat und Bullen organisierten Widerstand entgegensetzten!!!

Wir dokumentieren hier noch ein Zitat aus der Pro K Muenchen: Krug ist eines von diesen kleinen miesen Bullenschweinen die Angst haben sollten Nachts alleine auf die Strasse zu gehen. Er koennte Opfer der steigenden Kriminalitaet werden!

Gruesse GHOSTBUSTERS

Bewegung 24. März

Kommuniqué Nr. 1 vom 2. Juni 1999

„Die Intervention der Nato hat alle von uns erreichten Ergebnisse unterminiert und bedroht die weitere Existenz des zivilen Sektors in Serbien. Angesichts der tragischen Situation, in der wir uns befinden, und im Namen der menschlichen Vorstellungen und Werte fordern wir:
Sofortiges Ende der Bombardierungen und aller bewaffneten Aktionen!"

Organisationen der serbischen Bürgerrechtswegeung am 6. April 1999

Eindringliche Warnung an die Deutsche Bundesregierung, an den Parteivorstand der SPD und den Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen.

Seit dem 24. März 1999 ist die Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Nato-Bündnisses an einem Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt.
Der Schwur, von deutschem Boden dürfe „NIE WIEDER KRIEG!" ausgehen, war der verheerenden Erfahrung des Zweiten Weltkrieges entwachsen und galt der Mehrheit der Menschen in beiden deutschen Staaten bis 1989 als unumstößlich.
Dieser Schwur wurde mit den am 24. März begonnenen Nato-Luftbombardements gegen die Bevölkerung in allen Teilrepubliken Jugoslawiens auf fatale und verbrecherische Weise gebrochen.
Nach den furchtbaren Bombennächten von 1941 werfen heute erneut deutsche Soldaten Bomben auf Jugoslawien und töten Menschen, von denen nie eine Aggression ausging. Der vorgebliche Grund, mit diesem Krieg eine „humanitäre Katastrophe" verhindern zu wollen, hat sich ins Gegenteil verkehrt: Das Leiden der Menschen im Kosovo, in Serbien wie in der ganzen Region und das unsägliche Elend der Flüchtlinge waren nie zuvor größer und erfordern ein sofortiges Eingreifen aller demokratischen, antifaschistischen und antimilitaristischen Kräfte. Der Logik der verbrannten Erde, auf der die neue Nato-Weltordnung errichtet werden soll, muß energisch und mit aller Konsequenz entgegengetreten werden.
Wir, Frauen und Männer aus der **Bewegung 24. März**, verschiedenen Generationen des antifaschistischen Widerstandes und des Kampfes für eine gerechte Welt entstammend, haben uns angesichts der gegenwärtigen Ungeheuerlichkeiten zu einem neuen Bund zusammengeschlossen und werden dieser Entwicklung fortan weder sprachlos noch tatenlos zusehen.

Wir stellen deshalb mit großem Ernst und Nachdruck fest, daß die Mitglieder der aus der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildeten Bundesregierung mit diesem unerklärten Krieg Gesetze brechen, die bewirken sollten, daß nach den beiden von Deutschland provozierten Weltkriegen von hier nie wieder eine Kriegsgefahr ausgehen kann:
Die Mitglieder der Bundesregierng negieren den in der Präambel des Grundgesetzes verankerten Auftrag Deutschlands, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen" und verstoßen gegen Artikel 26 Absatz 1 GG, in dem es heißt:
„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."
Sie bringen die Soldaten und Offiziere der Bundeswehr in die prekäre Situation, Befehle befolgen zu müssen, die gegen das Soldatengesetz verstoßen, das eine Beteiligung an einem solchen kriminellen Angriffskrieg ausdrücklich und für alle Angehörigen der Streitkräfte unter Strafe stellt.
Sie verstoßen gegen Artikel 2 des „Zwei-plus-Vier-Vertrages" von 1990, der sich auf das im Grundgesetz verankerte Verbot eines Angriffskrieges bezieht und schließt, „daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung [also nur zur Verteidigung] und der Charta der Vereinten Nationen".
Folgerichtig verstößt das Handeln der Bundesregierung gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot des Artikels 2 Ziffer 4 der UN-Charta, der da lautet:
„Alle Mitglieder [der UN] unterlassen...jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete...Androhung oder Anwendung von Gewalt."
Nach dem Grundgesetz, Artikel 25, sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechtes und „gehen den Gesetzen vor".

Krieg

Die Bundesregierung leitet ihr Handeln vom Nato-Vertrag ab, der vor 50 Jahren offiziell ein Verteidigungsbündnis besiegeln sollte. Die Nato tritt jedoch seit dem Washingtoner Gipfel offen für ihr angebliches „Recht" zur globalen Intervention ein und hat es zum Credo ihrer neuen Doktrin gemacht, mit der die UNO auf eine Statistenrolle reduziert wird. Es wäre die Pflicht der Bundesregierung gewesen, das deutsche Parlament über diese Neufassung des Nato-Vertrages abstimmen zu lassen. Auch hier hat sie ungesetzlich gehandelt.
Alle diese Verstöße stellen eine faktische Beseitigung der elementaren Prinzipien der Verfassungsordnung und des übergeordnetenVölkerrechts dar.
Paragraph 20 Absatz 4 GG besagt:
„Gegen jeden, der es unternimmt, diese [verfassungsmäßige] Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."
Das Bundesverfassungsgericht als höchstes Verfassungsorgan hat keine Abhilfe geschaffen. Klagen gegen den Verfassungsbruch wurden nicht zur Verhandlung angenommen.
Damit setzt das Widerstandsrecht ein, das wir ab sofort in Anspruch nehmen.

Die **Bewegung 24. März** erklärt deshalb ultimativ:
Im Falle der Fortdauer der Bombardements und möglicher konkreter Schritte für einen Angriff von Landstreitkräften wird der Widerstandsrat der **Bewegung 24.März** seine Grundeinheiten anweisen, alle Einrichtungen der Regierung und der Koalitionsparteien, der Bundeswehr und der Nato zu legitimen Zielen ihrer Widerstandsaktionen zu erklären und mit geeigneten Mitteln dagegen vorzugehen.
Die „Balkankonferenz" der Außenminister Mitte Juni wird ein Gradmesser für unsere Entscheidung sein. Sie wird zeigen, ob die deutsche Bundesregierung die Kriegsstrategie zur Durchsetzung einer neuen Weltordnung unter Nato-Diktat zurücknehmen oder eskalieren wird. Eine Ausweitung des Krieges würde Europa für Jahrzehnte in eine Phase des Hasses und eines reaktionären Nationalismus stürzen und die Welt an den Rand eines neuen Weltkrieges bringen.
Das müssen wir verhindern!
Schon jetzt fordern wir deshalb die Basis- und Protestbewegungen zu verstärkten Anstrengungen auf, den zivilen Ungehorsam und Protest in seinen vielfältigen Formen in die Öffentlichkeit zu tragen. Das kann das Besetzen und Blockieren von Brücken in Großstädten sein, um deutlich zu machen, was es für das öffentliche Leben bedeutet, wenn die Brücken einer Stadt alle zerstört sind.
Das kann das Lahmlegen von staatlichen Institutionen, Medienanstalten und Parteieinrichtungen von SPD und Grünen sein.
Es kann nicht, sondern es *muß* die Belagerung von militärischen Einrichtungen sein, die für den Einsatz auf dem Balkan bestimmt sind, einschließlich der Aufforderung an die Wehrpflichtigen, den Kriegsdienst zu verweigern - legal oder total - und an die Soldaten, zu desertieren und öffentlich ihre Wehrpässe zu verbrennen. Vieles mehr ist vorstellbar und wird schon in die Tat umgesetzt.
Angesichts des Verfassungsbruchs ist jede Art von Sabotage kriegs- oder regierungsrelevanter Stellen oder Einrichtungen legitim.

Nicht wir handeln illegal, sondern die Kriegstreiber und Kriegsgewinnler!

Solange Krieg herrscht, kann es keine gerechte Gesellschaft und keinen Schutz der Menschenrechte geben. Uns alle muß daher der Wille einen, unseren Protest gegen den Krieg in eine umfassendere Kultur gesellschaftlicher Veränderung zu wandeln.

Bewegung 24. März

Widerstandsrat

Gegründet im Kriegsjahr 1999 im Gedenken an den jungen Münchner Arbeiter Philipp Müller, der am 11. Mai 1952 von der Essener Polizei bei einer Demonstration gegen die Wiederaufrüstung der BRD erschossen wurde

◎ LESEN ◎ KOPIEREN ◎ DRUCKEN ◎ VERÖFFENTLICHEN ◎ WEITERGEBEN ◎



Eine Standortbestimmung jenseits vom Neuen Internationalismus

REDAKTION ALASKA

Internationalismus ist mehr als die weit verbreitete Anschauung, daß heute alles irgendwie global ist. Internationalismus heißt, die Frage nach Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) in einem weltweiten Rahmen zu sehen und zu stellen. Internationalismus heißt gleichzeitig, die heutige Ordnung der Welt nicht nur als ein Bündel von Problemen, sondern als eine herrschaftsförmige Ordnung zu sehen - eine Ordnung, die auf der Geschichte der kolonialen und imperialistischen Unterwerfung der Welt durch die Länder des Nordens beruht, aber auch auf der Geschichte des Widerstands und der Emanzipation hier wie dort. Internationalismus bejaht das prinzipielle Recht der Menschen auf Selbstbefreiung und die Notwendigkeit, sich dabei gegenseitig zu unterstützen, über die Grenzen von Nationen und wirtschaftlichen Blöcken hinweg.

Soviel ist immer noch richtig. Internationalismus bedarf heute jedoch einer Neubestimmung angesichts einer veränderten Weltlage; er bedarf auch einer kritischen Neubegründung hinsichtlich dessen, was man sich unter Emanzipation vorgestellt hat und zukünftig vorstellen soll. In den Diskussionen um einen "Neuen Internationalismus", die um 1992 herum geführt wurden, ist eine solche Neubestimmung begonnen worden, gleichzeitig wurde ihr jedoch auch ausgewichen. Ein postmoderner Internationalismus muß an diesen Debatten anknüpfen und über sie hinausgehen.

Als veränderte Rahmenbedingungen für internationalistische Politik in den letzten Jahren werden meist übereinstimmend genannt (das sind aus unserer Perspektive bei weitem nicht alle, aber die, über die man sich allgemein einig ist):

- der Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und damit das Ende der Systemkonkurrenz;
- das Scheitern der nationalen Befreiungsbewegungen, jedenfalls bei dem Versuch, eine neue, zukunftsweisende gesellschaftliche Ordnung im eigenen Land zu etablieren;
- eine von den Transnationalen Konzernen und Banken getragene weltweite Integration und Flexibilisierung der Produktion, die die Verhandlungsmacht von Arbeit untergräbt, die ökonomische Souveränität der Nationalstaaten schwächt, und in der Marginalisierung und Ausschluß eine stärkere Drohung zu sein scheint als Ausbeutung;
- die ökologische Unhaltbarkeit des bisherigen globalen Entwicklungsmodells.

Das ist jedoch nur die eine Seite. Die andere Seite ist, daß sowohl die Politik der realsozialistischen Staaten, als auch der nationalen Befreiungsbewegungen, als auch der Internationalismusbewegung Teil eines Emanzipationsmodells war, das heute nicht mehr akzeptabel ist. Selbst wenn wir von den Fällen absehen, wo in rein zynischer Weise auf Sozialismus, Befreiung und Internationalismus Bezug genommen wurde (vom "Sozialismus" Rumäniens über die "nationale Befreiung" Kambodschas bis zur Selektion nach jüdischen und nichtjüdischen Passagieren an Bord eines unter Mitwirkung deutscher Linker entführten Flugzeugs), bleibt festzuhalten, daß auch der "Normalfall" dieses Emanzipationsmodells patriarchal und autoritär war und in vielerlei Hinsicht Unterdrückungsstrukturen legitimiert und Emanzipation verhindert hat.

Von den "Modellstaaten" ist keiner geblieben. Von einigen ist heute unverständlich, wie sich die Internat-Bewegung teilweise so positiv drauf beziehen konnte, z.B. China. Auch diejenigen, die wir immer noch als positive Beispiele verbuchen würden, wie Kuba, Nicaragua, Uganda zeigten die typischen Elemente einer tendenziell autoritären Verfassung und einer tendenziellen Ignoranz gegenüber indigenen Bewegungen, Feminismus, Homosexualität, etc. (Dabei ist es eine im Einzelfall zu führende, notwendige Diskussion, welche Autoritarismen in der revolutionären Situation schwer vermeidbar oder historisch alternativlos waren, und für welche das sozialistische Emanzipationsmodell oder ein direktes Herrschaftsinteresse verantwortlich waren.)

Das Pathos, mit dem die internationale Befreiung gefeiert wurde, war dasselbe, mit dem feministische Emanzipation beiseitegewischt wurde. Während die Theorie vom "Hauptwiderspruch" Kapital-Arbeit in der Internationalismus-Bewegung immer kritisiert wurde, hält sich bis heute die Neigung, sich einer "Hauptaufgabe" zu widmen, der gegenüber die multiplen Unterdrückungsstrukturen dann doch bloßes Beiwerk sind. Die Sehnsucht, die Rückkehr zu den "harten Fragen" möchte wieder mehr Eindeutigkeit und Orientierung bringen, scheint gerade in letzter Zeit wieder zuzunehmen.

Die Internationalismus-Bewegung hat sich an der Suche nach Ansätzen beteiligt, die diese Situation überwinden, z.B. durch die Rezeption des Triple-Oppression-Ansatzes oder die Auseinandersetzung mit der Subsistenztheorie. Die internationalistische Debatte ab 1992 hat Wesentliches zu einer Neubestimmung linker Politik beigetragen. Sie hat es jedoch bis jetzt nicht geschafft, ein erneuertes Modell politischer Utopie und Strategie hervorzubringen, das gegenüber der erfolgten Kritik und Selbstkritik Bestand hat und auch in den eigenen Zusammenhängen, ihrer Alltagsebene, als revolutionierende Kraft spürbar wird.

Vom Neuen Internationalismus ...

Seit den Zeiten von 68, besonders aber in den letzten 20 Jahren sind die traditionellen Vorstellungen darüber, was linke und internationalistische Politik ist, in vielfacher Weise kritisiert und zu Recht revidiert worden. Einige dieser Revisionen sind:

- Es gibt nicht das "revolutionäre Subjekt". Emanzipative Prozesse entfalten sich entlang der umfassenden, alle Lebensbereiche und Wahrnehmungsebenen betreffenden, Politisierung des Subjekts als Unikat.

- Das Konzept der Avantgarde ist am Ende. Die Herrschaftsverhältnisse durchziehen uns alle, wenn auch in unterschiedlicher Weise. Wir alle haben uns in Selbstveränderungsprozesse einzubringen und nicht Führung, sondern Selbstbestimmung ist gefragt. Linke Dominanzkultur hat viele Befreiungsansätze zerstört.
- Es gibt keinen Hauptwiderspruch. Elementar ist die Vernetzung und historische Dynamik von Herrschaft zu verstehen, wie auch ihren Doppelcharakter von Ausgrenzung wie auch Integration. Wir sehen mehr als Kapitalismus, aber auch mehr als Kapitalismus, Rassismus und Sexismus.
- Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu übernehmen und dann die Gesellschaft von oben emanzipativ zu gestalten. Die Macht hat viele Zentren, und Emanzipation muß im Wesentlichen aus der Gesellschaft heraus erfolgen, von staatlicher Politik nur flankiert.
- Fortschritt/Entwicklung ist nicht per se progressiv. Ökonomische Modernisierung entfaltet nicht automatisch demokratisch-sozialistische Potentiale. Ganz im Gegenteil stellt sie häufig eine Form von sozialem Krieg und politischer Unterwerfung dar.
- Es gibt keine "Objektivität", von der aus man erkennen kann, wie die Lage anderer ist und was sie brauchen.
- Demokratisierung, Gleichheitspolitik, Identitätspolitik (also interne Gleichheit in der Gruppe) sind in hohem Maße problematisch, weil sie gegenüber den neueren "abstrakten" Unterdrückungsformen (also "entgeschlechtlichtes" Patriarchat, "räumlich entgrenzter" Norden, "entfärbter" Rassismus etc.) mindestens wirkungslos sind bzw. diese sogar untermauern.
- Vergesellschaftung, gesellschaftliche Planung, "rationale Bedürfnisbefriedigung" ist nicht der Schlüssel zu linker Politik. Derartige Konzepte haben erstens enge Grenzen, weil z.B. eine totale Kollektivierung von Reproduktion weder möglich noch wünschenswert ist, und können zweitens für sehr unterschiedliche Programme genutzt werden, verbürgen also keineswegs Emanzipation.

... zur postmodernen Kritik

Diese Revisionen sind in der Debatte um "Neuen Internationalismus" bereits gesehen und vollzogen worden. Ihre Hauptkonsequenzen waren,
- den Widerstand gegen die Verhältnisse im eigenen Land zu betonen,
- die Gleichberechtigung verschiedener Unterdrückungsstrukturen praktisch anzuerkennen und
- den Industrialismus des Nordens nicht mehr als das eine, von allen anderen nachzuvollziehende Entwicklungsmodell zu sehen.

An den traditionellen linken Vorstellungen von Emanzipation wurde jedoch nicht gerüttelt. Linke Politik ist traditionellerweise von einer Emanzipationsvorstellung getragen, die typisch "modern" gedacht ist. Diese klassischen, "moderne" Vorstellung von Emanzipation und ihrer "Radikalität" beinhaltete:
- Zwischen den Verhältnissen und der emanzipativen Bewegung gebe es einen radikaler Bruch, eine absolute Trennung.
- Emanzipation ist total, sie kann und muß jeden Lebensbereich und jeden gesellschaftlichen Bereich erfassen, sonst ist sie nicht "radikal".
- Wirkliche Emanzipation hebt Ungleichheit auf, auch das Problem ungleicher Macht. Deshalb macht wirkliche Emanzipation jedes Nachdenkens über Repräsentation und Macht "hinterher" überflüssig.
- Befreiung ist die "Freisetzung" von etwas, was es schon gibt und sich aus den Verhältnissen befreit (wie wenn es nicht auch von den Verhältnissen geprägt und darum auch zu verändern wäre).
- Emanzipation geht den Kern der Sache an, die "wirkliche Ursache" von Herrschaft und Ungleichheit.
- Ist diese Ursache beseitigt, regeln sich die gesellschaftlichen Verhältnisse im Einklang mit der Vernunft, sie "optimieren" sich.

Es ist der Glaube an diese Vorstellungen, der durch die postmoderne Kritik erschüttert wird. Auch dies ist keine akademische Frage. Hier liegt z.B. begründet, wieso die Kritik und Bearbeitung interner Herrschaftsverhältnisse in fast allen Zweigen der Emanzipationsbewegungen so schwierig war - von den sozialistischen Staaten bis zur Frauengruppe, vom Black Movement bis zur Internationalismusbewegung selbst. Die "radikale Trennung" ist immer auch ein patriarchales Konzept, z.B. weil sie die eigene Führung unangreifbar macht und deren Totalverwaltung der eigenen Ressourcen legitimiert. Die "radikale Trennung" sieht auch von den Notwendigkeiten der Reproduktion unter den gegebenen Verhältnissen ab und ist deshalb patriarchal - Frauen können diese Notwendigkeit nicht in gleicher Weise ignorieren, schon deshalb weil sie sich in höherer Weise für Kinder verantwortlich fühlen, aber auch deshalb, weil z.B. die meisten Männer unter Bedingungen Politik machen, unter denen die meisten Frauen weder leben noch arbeiten können. Die "radikale Trennung" legitimiert die interne Vorherrschaft derer, die sich "am radikalsten freimachen können", und das sind allemal Männer.

Die klassische Vorstellung legt also immer eine Idee von "Radikalität" nahe, die patriarchal ist, für selbstrechtfertigende Gewalt und interne Herrschaft offen, und von der eine gerade Linie zur "Mensch-oder-Schwein"-Dialektik der RAF führt. Es geht im Gegensatz dazu nicht darum, sich mit "weniger Radikalität" zufrieden zu geben. Ganz im Gegenteil hat das klassische Emanzipationsdenken dazu geführt, weite Bereiche unangetastet zu lassen und eben nicht zu revolutionieren; es hat aus der Befreiung eine höchst oberflächliche Angelegenheit gemacht. Es geht also um einen Begriff von "radikal", der sich nicht an der maximalen Abgrenzung von allem Bestehenden bemißt, aber der auch nicht darin wetteifert, die "wirklichste Ursache" zu finden; sondern der sich an der Konsequenz bemißt, mit der alle Verhältnisse erfaßt werden, und der Offenheit, Kritik an Herrschaft zu ermöglichen, wo immer sie sich etabliert.

Ein postmoderner Emanzipationsbegriff beinhaltet, daß Befreiung etwas Prozesshaftes ist und keine Einpunkt-Revolution, und daß nie der Punkt erreicht wird, wo Emanzipation prinzipiell "nicht mehr nötig" wäre. Ferner ·gibt sich daraus die Forderung, aus der linken Szene und ubkultur herauszutreten und die ideologische Selbstolierung zu überwinden. Die nichtlinken Menschen sind ıcht die "Masse" oder das "Volk", den "Unreinen" steen nicht die pc-gerechten, reinlehrigen Linken gegenüer. Befreiung ist keine saubere Sache. Wir alle bewegen ns in unseren Widersprüchen, in den gesellschaftlichen ormräumen und stehen vor dem Spannungsverhältnis on individueller und kollektiver Befreiung. Revolutionäre olitik beginnt im Hier und Jetzt und kann auch keine ertröstungspolitik sein nach dem Muster "Politik jetzt, ebensfreude später".

Die Debatte seit 1992

ıne postmoderne Kritik und Erneuerung der Vorstellung on Herrschaft und Befreiung (Emanzipation) ist etwas änzlich anderes als die ebenfalls anzutreffende Praxis, die rage nach Herrschaft und Befreiung einfach aufzugeben. ıe "neuen Diskurse", die an die Stelle des gescheiterten ntwicklungsbegriffs getreten sind - Neue Weltordnung, ıvilgesellschaft, Globalisierung, Nachhaltigkeit und "Kulır" - tun genau das. Sie gehen geradezu mit den Fehlern nd Katastrophen der heutigen Weltordnung hausieren, ım einen Effekt des "allgemeinen Problemlösens" zu rzeugen, das aber die Herrschaftsverhältnisse ausspart.

Die einzelnen Teile der Internationalismus-Bewegung gehen damit unterschiedlich um. Gemeinsam ist ihnen immer noch eine mehr oder weniger starke Kapitalismuskritik, deren Facettenreichtum aber heute deutlich mehr Unterschiede als Parallelen aufweist. Die Interessensgemeinschaft der sozialen Bewegung und deren Leitthemen, wie sie in den 80er Jahren existierte, hat sich aufgespalten. Während sich die einen (die Kapitalismusreformer) Globalisierung, Nachhaltigkeit oder Zivilgesellschaft zu ihren Themen erkoren haben, arbeiten sich die anderen an der neuen Weltordnung bzw. heute am Neoliberalismus ab und lehnen nach wie vor das kapitalistische System grundsätzlich ab. Im Vordergrund stehen bei allen die Marktstrukturen, bzw. die ökonomischen Zusammenhänge. Die anderen Unterdrückungsmechanismen wie Rasse und Geschlecht werden dem untergeordnet. An der Entwicklung eines Herrschaftsbegriffs, der alle Unterdrückungsstrukturen bearbeitet und sie als komplexes System sieht, hält nur ein kleiner Teil innerhalb der widerständigen Kräfte fest.

Das ist auch die Folge von Demokratisierung und Integration. Innerhalb der Modernisierung von Herrschaft, wie sie sich in den letzten Jahren entwickelt hat, wurde durch das partielle Einbeziehen von diskriminierten Gruppen und deren Inhalten, aber auch den ökonomischen und politischen Druck ("partizipier' oder stirb") die soziale Bewegung gespalten. Ergebnis ist, daß sich die Bewegung mitmodernisiert hat, Reibungsflächen verschwunden sind und es schwerer geworden ist, in der Perspektive zwschen Machterhaltung und Abbau des Zugriffs zu unterscheiden.

Die Klammer der verschiedenen Ansätze und Bewegungssegmente ist immer noch der Antikapitalismus. Diese Klammer ist jedoch eine Leerformel. Es ist weitgehend anerkannt, daß das Kapital kein Haufen von Produktionsbesitz oder Finanzmitteln ist, sondern ein soziales Verhältnis. Es ist immer historisch und konkret, immer durch die Gesamtheit der Unterdrückungsstrukturen bestimmt, und nicht durch den einen Kunstgriff mit einem Ruck aufzuheben. Es klingt daher zwar gut, sich in der Bewegung gegenseitig mangelnden Antikapitalismus vorzuwerfen, in Wirklichkeit war aber nie zuvor unklarer, was damit eigentlich gemeint sein soll - die Verstaatlichung der großen Produktionsmittel allein kann es wohl nicht sein, was aber dann?

Eines der Felder, wo diese Unklarheit unlösbare Debatten hervorbringt, ist die Debatte um den Neoliberalismus. Ist der Neoliberalismus eine exzessive Form des Kapitalismus, oder ist er die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität nach dem Ende der Systemalternative? Die Frage läßt sich so nicht sinnvoll beantworten, weil es einen "kapitalistischen Normalfall" eben nicht gibt, und weil der Griff nach besonders brutalen Marktinstrumenten und die Instrumentalisierung der Konkurrenz von Nationen sowohl erfolgt, weil das möglich und profitabel ist, als auch, weil sich vorher relative Grenzen des Kapitalverhältnisses (umfassend gedacht) ergeben haben.

Die Neoliberalismus-Debatte verweist, ebenso wie das Dilemma des Radikalen Reformismus und bestimmte Aspekte der Chiapas-Debatte, auf die zentrale Leerstelle linker Erneuerung: nämlich die Bestimmung dessen, was eine Politik der Emanzipation ausmacht, die der Logik der Kapitalverwertung und verwertenden "Optimierung" entgegengestellt werden kann. Diese Leerstelle wird durch abstrakten Antikapitalismus nur schwach verdeckt, und um sie zu füllen, ist nicht antikapitalistischer Scheinradikalismus entscheidend, sondern die Breite und Konsequenz des emanzipativen Ansatzes. Dass nicht alles, was aus sozialen Bewegungen heraus gefordert und durchgesetzt wird, emanzipativ ist, dürfte nämlich allgemein klar sein (z.B. aus der Kritik der Gewerkschaftsbewegung oder dem Charakter sozialer Reformen in den Metropolen als Privilegienverteidigung). Es ist richtig, die Aufstandsbewegung in Chiapas als Suche nach einer emanzipativen Konzeption zu interpretieren, die den Revisionen am klassischen Politik- und Emanzipationsbegriff gerecht wird. Dies macht aber nur Sinn, wenn diese Konzeption auch formuliert wird, und sei es in Umrissen, und ihre "Übersetzung" (nicht schematische Übertragung) auf unsere Verhältnisse hier gesucht wird, was in der Regel nicht geschieht.

Dem Problem läßt sich auch nicht durch einen Streit über die Wahl des revolutionären Subjekts entkommen, wie er zwischen antinationalen Positionen und dem Bemühen um ein Wieder-Andocken an die Soziale Frage hierzulande geführt wird. Es gibt weder ein total gerechtigfertigtes noch ein total verworfenes Subjekt. Das "antinationale Dilemma" läßt sich nur lösen durch eine Verschiebung der Fragestellung: Nicht "mit wem kann/will man/frau noch Politik machen?", sondern "welche emanzipative Konzeption wollen wir in alle Verhältnisse einbringen?"

Grundrisse einer Neubestimmung

Die Notwendigkeit einer Neubestimmung ist keine Aufgabe, die sich nur für den Internationalismus stellen würde. Es ist die Frage nach einer Neubestimmung dessen, was heute links, was heute Emanzipation ist. Es funktioniert nur auch keine internationalistische Politik mehr, die zu dieser "allgemeinlinken" Frage keinen Entwurf hat - die Zeit des Drunterdurchtauchens ("Wir machen Nicaragua und G8 und warten ab") ist vorbei.

Emanzipation heißt, in allen gesellschaftlichen Bereichen die Regeln freier Kooperation einzufordern und durchzusetzen. Soziale Verhältnisse in freier Kooperation regeln, heißt

- daß den historisch überkommenen Verteilungen und Regelungen von Arbeit und Verfügungsgewalt kein höheres Recht zukommt, sondern sie von den Beteiligten jederzeit und ohne Ausnahme zur Disposition gestellt werden können;
- keine anderen "natürlichen" oder "vernünftigen" Regeln anzuerkennen als die, daß alle Beteiligten das gleiche Recht haben sollen, auf die Regeln einer Kooperation Einfluß zu nehmen, indem sie ihre eigene Mitwirkung einschränken, unter Bedingungen stellen oder notfalls ganz aufgeben;
- soziale Verhältnisse so zu gestalten, daß alle Beteiligten diese Einflußnahme zu einem vergleichbaren und vertretbaren Preis praktizieren können.

Ein solches Konzept geht vom Konflikt als Normalfall aus und von Emanzipation als Realität und Notwendigkeit, die durch keine spezifische "Ordnung" ein für allemal überflüssig gemacht werden kann und die sich eben darüber vollzieht, die Bedingungen der Kooperation praktisch in Frage zu stellen, was durch keine noch so "gleiche und vernünftige Diskussion" aller Beteiligten jemals ersetzt werden kann. Ein solches Konzept ist leitmotivisch für alle sozialen Verhältnisse - vom Staat bis zur Beziehung, von der Institution bis zur politischen Organisation, vom Nord-Süd-Verhältnis bis zum Miteinander von verschiedenen Bewegungen.

Wir sind der Meinung, daß in den verschiedenen Diskussionsprozessen, in denen die Revision des klassischen Emanzipationskonzepts betrieben worden ist, auch die wesentlichen Ziele einer derzeitigen Orientierung inzwischen beschrieben worden sind und daß es dabei ein gewisses Maß an Übereinstimmung bereits gibt, wenn auch in z.T. ganz unterschiedlichen Begriffen und Formulierungen. Wir sehen das Folgende daher nicht als vorzuschlagendes "schlaues Konzept", sondern als Sichtbarmachen dessen, was sich jenseits des alten Konzeptes bereits herausgeschält hat.

a) "Abwicklung von Herrschaftsinstrumenten"
Die zukünftige Orientierung kann sich nicht darauf richten, mit den vorhandenen Strukturen und Herrschaftsinstrumenten "was Gutes zu machen", sondern muß sich auf den Abbau der Instrumente richten, mit denen der herrschaftsförmige Zugriff auf Natur und Arbeit organisiert wird. Dieser Abbau muß z.T. schrittweise, aber mit klarem Ziel des Verschwindens erfolgen, was mit "Abwicklung" gemeint ist. In der Diskussion um Nachhaltigkeit haben wir diesen Prozeß "Abwicklung des Nordens" genannt, was aber beinhaltet, "Norden" nicht nur im Sinne von Nord-Süd-Verhältnis zu sehen, sondern als ein Herrschaftsmodell, das sich in allen Teilverhältnissen weltweit findet. Diese Abwicklung beinhaltet:

- Die prinzipielle Ablehnung von gewaltförmiger Intervention. Das gilt für Interventionen gegenüber Dritte-Welt-Staaten, bedeutet aber z.B. auch, eine "deeskalierende" statt nur verrechtlichende Migrationspolitik zu fordern und durchzusetzen, die eben auch dekriminalisiert und die vielfältigen Formen gewaltförmiger Intervention abbaut, usw.
- Der extern orientierte, "globale Sektor" soll nicht ausgebaut, sondern im Verhältnis zu den Binnenprozessen zurückgeführt und seine Dominanz gebrochen werden. Das gilt für ökonomische Makropolitik ebenso, wie für jedes "alternative Projekt" und für jede soziale Kooperation.
- Eine Deprivilegierung der formalen Arbeit soll durchgesetzt werden. Qualifizierte Lohnarbeit, die weder prekär, noch entrechtlicht oder illegalisiert, noch biographisch zerstückelt oder in ein hohes Maß "informeller" Arbeit eingebettet ist, ist Sache einer soziologischen Minderheit, deren Privilegien weit über die unmittelbare Bezahlung hinausgehen. Hier herrscht eine moderne Diskriminierungsform, mit der es zu brechen gilt, weil über sie massiv Zwang ausgeübt wird.
- Eine Aneignung von Räumen und Zusammenhängen "von unten" soll vorangetrieben werden. Diese Räume und Zusammenhänge werden aktuell nach Maßgabe "positiver Teilnahme am Verwertungsprozeß" vergeben, was nicht einfach Ausfluß kapitalistischer Logik ist, sondern ein zentrales Instrument zu ihrer Durchsetzung.
- Formen direkter Überlebenssicherung ist der Vorzug zu geben vor den Formen "verumständlichter Reproduktion", mit denen massive Abhängigkeiten geschaffen werden (und es sollen solche Formen auch selbst aufgebaut werden). Dabei geht es nicht nur um die Produktion des unmittelbar materiell Lebensnotwendigen und seine Gefährdung durch Markt und Technologie, sondern z.B. auch um alle Qualitäten von Gesellschaftlichkeit, die nach herrschender Konzeption nur am Ende eines totalen Umwalzungs- und Verwertungsprozesses entfaltet werden können, bzw. nur nach dem Maßstab der Teilnahme an diesem Prozeß "spendiert" werden.

b) "Politik der Beziehungen"
Die Idee der Abwicklung hat ihre Defizite darin, daß sie strategische Ziele als überwiegend negative beschreibt ("weniger von..."), bzw. als abstrakte Kriterien. Für eine Vergesellschaftung von unten reicht das aber nicht aus, sie ist ein kreativer Prozeß, in dem für die verschiedenen Fragen und Widersprüche jeweils Lösungen gefunden werden müssen. Das mögen auch technische und ökonomische sein, es sind vor allem aber auch soziale. Wesentliche Elemente einer solchen Zielbestimmung, die z.B. für die Praxis eigener Organisationen und Kooperationen gelten sollen, aber auch allgemein für soziale Verhältnisse leitmotivisch sein sollen, sind vielfach unter dem Begriff einer "Politik der Beziehungen" diskutiert worden. Dazu gehört:

- Verhältnisse nach dem Prinzip des Verhandelns zu organisieren. Dies grenzt sich gegen das Prinzip ab, aufgrund erkannter "richtiger" Strukturen (seien sie effizienzorientiert oder besonders "demokratisch") durchzuziehen, anstatt sich auf den schwierigeren Prozeß des Aushandelns der Bedingungen der Kooperation einzulassen - insbesondere über unterschiedliche Emanzipations- und Unterdrückungsgeschichten hinweg.
- Eine Praxis der Anerkennung zu entwickeln. Das heißt, Differenzen anzuerkennen, aber dabei nicht stehenzubleiben, sondern die Infragestellung durch die Verschiedenheit ebenso wie die Möglichkeit der verunsichernden Ähnlichkeit auszuhalten - zwischen der Teilhabe an verschiedenen Unterdrückungserfahrungen ebenso, wie zwischen "sozial älteren" und "sozial jüngeren" Beteiligten.
- Ein Prinzip der Ermöglichung zu praktizieren. Es muß möglich sein, die Ressourcen einer Gruppe, d.h. auch die Unterstützung der anderen, auch für Projekte zum Tragen zu bringen, die nicht komplett vereinheitlicht, abgesichert, von allen geteilt und für gut befunden sind. Sonst bewegt sich nichts mehr und sonst würde für die Beteiligten das wesentliche Potential einer Kooperation zugunsten des "Mikado-Prinzips" (wer sich bewegt, hat verloren) abgeschnitten.
- Die Kooperation nach dem Grundsatz der Disloyalität zum Bestehenden zu behandeln. Das bedeutet, ihr Scheitern nicht auszuschließen und ihren Bestand nicht zur obersten Richtschnur zu machen; sich der überkommenen "Zivilisation" gegenüber, ob es eine gesellschaftliche oder eine "Gruppenzivilisation", nicht zwangsloyal zu verhalten, sondern lieber aus Prinzip disloyal. Daß "es sonst nicht funktioniert", ist eben kein Argument.

c) Politik der "praktischen Demokratiekritik"
Zum heutigen Erkenntnisrepertoire von Herrschaftskritik gehört (auch wenn es immer wieder verdrängt wird), daß Wählen zwar besser ist als Entscheidungsfindung qua Hierarchie, an sich aber noch keineswegs Emanzipation verbürgt. Was aber folgt aus unserer theoretischen Kritik an der historischen Demokratie und an heutigen (herrschaftsförmigen) Demokratisierungsprozessen? Diese Kritik basiert darauf,

- daß bei der Demokratisierung von Entscheidungsprozessen ein Abbau von Herrschaft kein Kriterium ist, sondern ganz im Gegenteil die "Eingriffstiefe" der Entscheidungen wächst und der herrschende Zugriff auf jeden Ort der Gesellschaft eher zu- als abnimmt;
- daß "nachholende Demokratisierung" die Anpassung an bisher etablierte Normen (männliche, weiße, bürgerliche, nördliche ...) nicht aufhebt, sondern sogar verstärken kann;
- daß Minderheiten zwar nicht allein entscheiden sollen, Mehrheiten aber auch nicht per se emanzipative Politik machen und ein System "multipler Mehrheiten" sehr wohl mit der Vormachtstellung einer herrschenden Klasse und mit einer Verstärkung sämtlicher Unterdrückungsverhältnisse kompatibel ist.

Wir können zumindest feststellen, daß hier andere theoretische und praktische Leitbilder für eine Politik der Emanzipation zählen müssen, auch wenn der Teufel im Detail steckt:

- Selbstbestimmung und Dezentralisierung. Entscheidungsprozesse sollen soweit wie möglich zurückverlagert werden, von "oben" nach "unten". Der Dreh- und Angelpunkt ist dabei, nicht die Knochen zu verteilen und die Filetstücke zu behalten, wie das eine herrschaftsförmige Regionalisierung und Partizipationspolitik tut, bei der die Gesamtheit der Entwicklungen und Austauschverhältnisse nicht zur Disposition steht, aber innerhalb dieses Rahmens "gestaltet" werden darf.
- Begrenzung der Eingriffstiefe des demokratischen Prozesses; Schutzmechanismen gegen Majorisierung und Auslieferung an "übergeordnete Entscheidungen". Es geht dabei tatsächlich auch um Veto- und "Nimby"-Rechte ("not in my backyard": wenn keiner die Folgen einer Entscheidung bezahlen will, dann ist das eben auch eine

Form, wie diese Entscheidung legitim scheitert). Die Vorstellung, die zentrale Ebene sei die, von der gesellschaftliche Demokratisierung vorangetrieben werde und die dafür Kompetenzen zur Intervention brauche, gehört zum Inventar einer "modernistischen" Emanzipationsvorstellung, das heute gefährlich und abzulehnen ist.

- Affirmative Action. Anti-Diskriminierungspolitik, die mehr ist als formale Gleichstellung, ist mit Sicherheit ein zentrales Element emanzipativer Prozesse, aber nur, wenn sie von der Kritik der bisher herrschenden Norm ausgeht und nicht in ihrem Sinne Gleichstellung und "Förderung" betreibt.
- Auch Political Correctness ist in diesem Sinne ein zentrales Element. Aber eben nicht verstanden als Dogmatik dessen, "was nicht gesagt werden darf", sondern als Verpflichtung zur Einbeziehung dessen, was bisher nicht gesagt werden konnte, sozusagen eine Affirmative Action auf dem Gebiet der Inhalte und der Öffentlichkeit.
- Die Forderung nach einer unabhängigen Existenzsicherung wird die Idee einer Absicherung durch Arbeitspolitik, "Vollbeschäftigung" usw. ablösen müssen, wobei der Akzent auf "unabhängig" und auf "qualitativ ausreichend" liegt. Die Produktivität der Gesellschaft ist eine kollektive und umfassende; daß Existenzsicherung nach Kriterien der Formalarbeit oder der "besonderen Bedürftigkeit" von oben vergeben wird, ist nichts als ein willkürliches Instrument des Zwangs und der Unterwerfung.

d) Organisierung

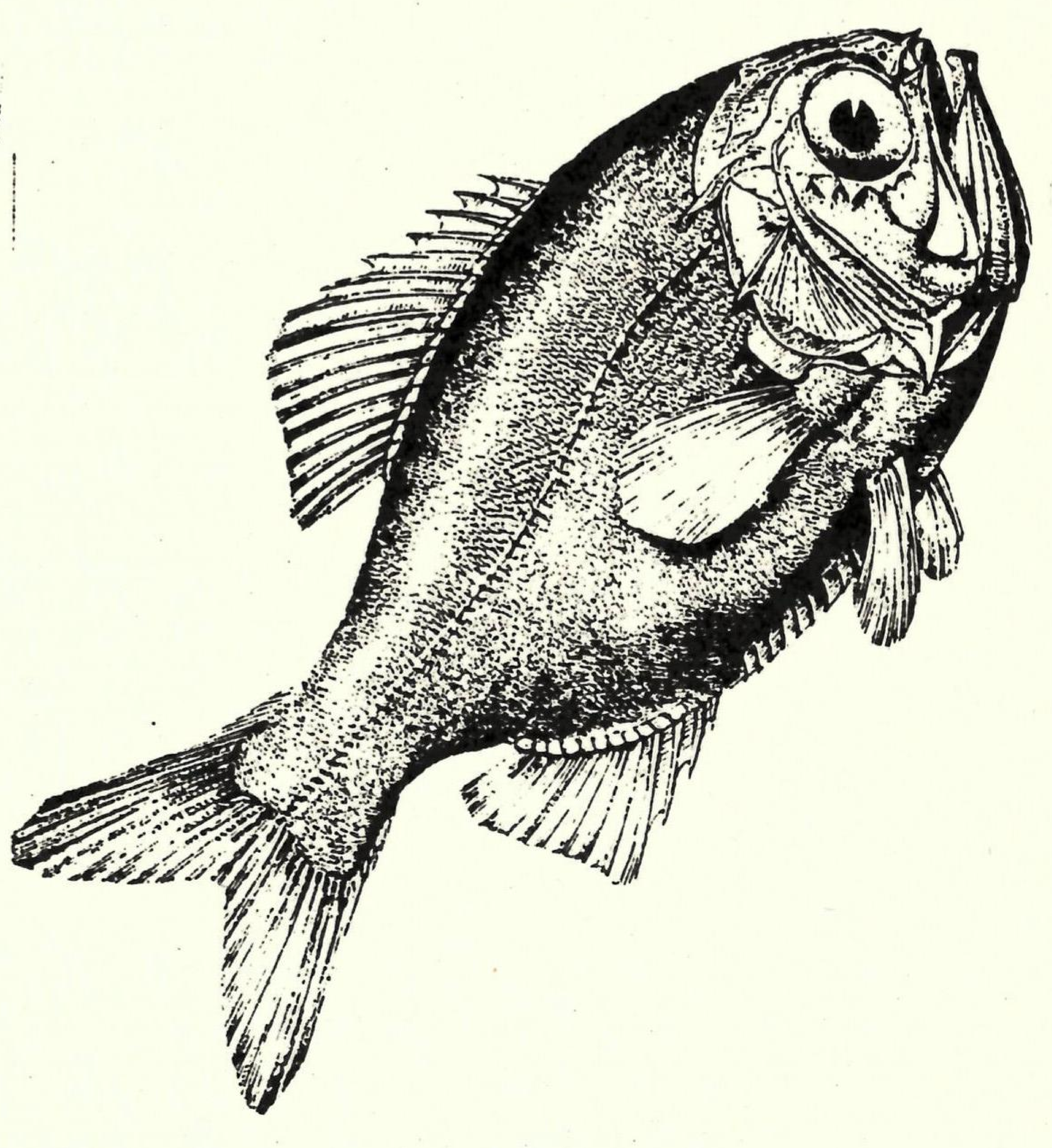
Die Frage, wieweit Emanzipation Organisierung braucht und welche das sein soll, ist umstritten - aber zurecht umstritten, weil die Frage notwendig und eben nicht geklärt ist. Als halbwegs gesichert sollte unseren Erachtens gelten:

- Für eine zukünftige emanzipative Bewegung wird es keine organisatorische Vereinheitlichung in einer großen Organisation geben. Das ist weder sinnvoll, noch möglich, noch wünschenswert; das war es auch in der Vergangenheit nicht. "Organisierung" im Sinne inhaltlicher Annäherung und des annähernden Austauschs strategischer Ziele kann und sollte jedoch sehr wohl ein übergreifender Prozeß sein, der an sektoralen Grenzen nicht halt macht. Multiple Zugehörigkeit und divergierende Herrschaftsanalysen sind das eine, die gemeinsame Erarbeitung von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik ist das andere.
- Für letzteres gibt es heute einen massiven Bedarf. Deshalb wächst die Bedeutung von "gemischten" und "teilbereichsübergreifenden" Formen der Zusammenarbeit und Organisation, in denen eine solche Neubestimmung entwickelt, praktiziert, durchgesetzt, ein Stück weit gelebt wird. Auch sonst gibt es Bereiche theoretischen und praktischen Handelns, die ohne "Organisation" im engeren Sinne schlecht funktionieren: die Schaffung selbstverwalteter Räume, "organisierte" Formen von Widerstand und Protest, das Ausloten theoretischer und praktischer Gemeinsamkeiten für eine emanzipative Bewegung usw. Auch Organisation in diesem Sinne ist ein Stück Lebensqualität (und wird gesellschaftlich ständig untergraben).
- Politische Organisationen sind kein privilegierter Ort für Emanzipationsprozesse und deren Durchsetzung. Emanzipation und ihre Durchsetzung findet überall in der Gesellschaft statt, in jeder sozialen Kooperation, im Alltag ebenso wie in der institutionellen Politik. Die Individuen handeln dabei tatsächlich nicht allein, ihre "Organisierung" muß aber keineswegs unbedingt die der klassischen Organisationen sein - z.B. handelt eine Frau, die patriarchale Regeln praktisch in Frage stellt, "organisiert" in dem Sinne, wenn sie ihr Handeln in Verbindung mit der Theorie und Praxis anderer Frauen stellt (sei es die Frauenbewegung oder ihre Freundinnen) und sich in einen Prozess der Auseinandersetzung begibt, wofür sie aber nicht notwendig eine politische Organisation braucht. Ganz im Gegenteil haben sich "allgemeine" politische Organisation für solche Fälle oft als hinderlich, kontraproduktiv, herrschaftsförmig erwiesen.
- Gerade das Wichtigste an Organisierung, nämlich das gemeinsame Erarbeiten von Grundrissen einer zukünftigen emanzipativen Politik, hat überhaupt keinen Raum in den "Dachorganisationen", die heute unter dem Druck der Mittelvergabe an NGOs so gerne vorangetrieben werden. Aber auch auf "bewegungsnäherer Seite" ist heute das Problem weniger, was bestimmte Kampagnen und Aktionsformen bringen oder nicht bringen. Das Problem ist, wie es möglich ist, innerhalb einer unübersichtlicher gewordenen Politlandschaft einen attraktiven, ausstrahlungsfähigen, bündnisfähigen und handlungsfähigen "Ort des Widerspruchs" am Leben zu halten und auszubauen, zu Gehör zu bringen und in andere Sparten hineinwirken zu lassen. Für dieses Problem reichen "bloße Dächer" und rein pragmatische Bündnisse nicht aus. Die Zeit der "Dächer" ist daher weitgehend vorbei und die Bedeutung einer punktuellen, pragmatischen Bündnispolitik stark relativiert.

Schluß

Der Regierungswechsel hat die Situation für die Linke verändert. Wir werden nun noch genauer sagen müssen, was wir denn anders haben wollen. Dafür ist eine Debatte um die Neubestimmung emanzipativer Theorie und Praxis wichtig, an der wir uns seit mehr als drei Jahren, vor allem durch die alaska, beteiligen. Wir sehen mit Interesse, daß auch andere Gruppen, Zeitschriften und Einzelpersonen mit dieser Debatte begonnen haben und sie weiterführen (und nennen hier natürlich keine Namen).

Mit diesem Text haben wir unseren Zwischenstand in der Debatte zusammengefasst und stellen ihn hiermit zur Diskussion. Linke Debatte ist auf den Austausch angewiesen: Wir freuen uns über Rückmeldungen, die Diskussion ist wieder einmal eröffnet.



Achtung, Achtung!!
Der BFB Landesverband Berlin (Bund Freier Bürger-Offensive für Deutschland) ruft für Samstag, den 19. Juni, um 14.00 Uhr zu einer Kundgebung und Demonstration gegen das Holocaust-Mahnmal auf! Der Ort soll die „Neue Wache", Unter den Linden sein.
Der BFB ist eine rechtsextreme Partei, die hier offensichtlich antisemitische Propaganda betreiben möchte.
Verhindern, Behindern, Hingehen!

Achtung, Terminänderung!!
Die Soliparty für den EA findet am 25. Juni`99 um 21.00 Uhr in der Villa Felix (Schreinerstr. 47)

bundesweite
DEMONSTRATION
Ihre "Neue Weltordnung" angreifen!
Kampf der NATO-Kriegspolitik!



10. Juli 1999
Heidelberg
13.00 Uhr
Universitätsplatz
zum Hauptquartier der NATO-Landstreitkräfte
Info unter: 06221/189144
ANTIFASCHISTISCHE AKTION
BUNDESWEITE ORGANISATION

Prozeßkosten-Soli-Party „1,2,3... ganz viele Pässe"
am 19. Juni`99 um 21.00 Uhr
im EX (Mehringhof) Gneisenausstr. 2a
<u>Ladies only!!</u>



wandspiel und doppelpass sind weiterentwicklungen der standard kombinationen. sie wurden als gegenmittel zur engen manndeckung entwickelt. häufig wird wie folgt unterschieden:






„In diesem Hause..."



Gedenktafeln für Verfolgte des Nationalsozialismus in Berlin
Eine Ausstellung des Vereins AKTIVES MUSEUM e.V.
in Zusammenarbeit mit dem Heimatmuseum Marzahn

vom 3. Juni - 23. Juli 1999

„In diesem Hause...", so beginnt die Inschrift vieler der in Berlin angebrachten Gedenktafeln. Sie erinnern an die Verfolgten des Nationalsozialismus in den Berliner Bezirken und vermitteln Erfahrungen der Geschichte im Stadtraum. Geschichte wird hier lokalisierbar, und das nicht nur an den Schaltstellen und Zentralen der Macht.
Die Ausstellung zeigt auf, daß sich an den Gedenktafeln die unterschiedlichen Stadien der Auseinandersetzung der deutschen Nachkriegsgesellschaft mit der NS-Zeit ablesen lassen.
Die Fotodokumentation „In diesem Hause..." lenkt die Aufmerksamkeit auf die in Berlin bereits bestehenden Gedenkorte, die nur darauf warten, genutzt und erfahren zu werden.

Veranstaltungsprogramm

Do.	3.6.	19.30h	**Ausstellungseröffnung mit Martin Schönfeld,** Verein AKTIVES MUSEUM
Do.	10.6.	19.30h	"SüdOsten": Dok.-Film von Julia Oelkers und Lars Maibaum, BRD 1999, 62'; Gespräch mit den im Film porträtierten AntifaschistInnen **Ilse und Richard Grubitz**
Mo.	14.6.	19.30h	"Berlin unterm Hakenkreuz": Dok.-Film von Irmgard von zur Mühlen, BRD 90'
Do	17.6.	19.30h	"Stärker als die Angst. Frauen im Widerstand gegen Hitler": Dok.- Film von Constanze Hegetusch Weißenbacher, BRD 1992, 45'
So.	20.6.	11-13h	Widerstand in Neukölln: Führung mit **Ursula Bach** im Rahmen von "48 Stunden Neukölln", **Treffpunkt** Rathaus Neukölln
Do.	24.6.	19.30h	Tafel dran - Schwamm drüber: Erfahrungsaustausch über die bezirkliche Arbeit mit Gedenktafeln, Gäste: **Martin Schönfeld** (Verein AKTIVES MUSEUM), **Martin Düspohl** (Stadtteilmuseum Kreuzberg), **Heike Naumann** (Heimatmuseum Friedrichshain), **Harald Ramm** (Dezentrale Kulturarbeit Neukölln)
Mo.	28.6.	19.30h	"Lissy": Spielfilm von Konrad Wolf, DDR 1957, 90' (nach einem Roman von F. C. Weiskopf)
Sa.	3.7.	17.00h	Die wegweisenden Frauen im ersten Frauenviertel: Stadtrundgang mit Claudia v. Geliéu, **Treffpunkt** Lieselotte-Berger-Str./ Ecke Waltersdorfer Chaussee (Teilnahmebeitrag 10,--DM)
Do.	8.7.	19.30h	"Widerstand in Berlin 1933-1945": Dok.-Film von Hans Sparschuh und Erich Thiede, DDR 1987, 60'
Sa.	10.7.	15h	Abgefahrene Gedenktafeln: ANTIFAhrradtour durch Kreuzberg, **Treffpunkt** Rathaus Kreuzberg, **Anmeldung bis 8.7. bei Katinka: Tel. 2512209**
Mo.	12.7.	19.30h	"Die erste Reihe. Bilder vom Berliner Widerstand": Spielfilm von Vogel/Hermlin, DDR 1987, 105'

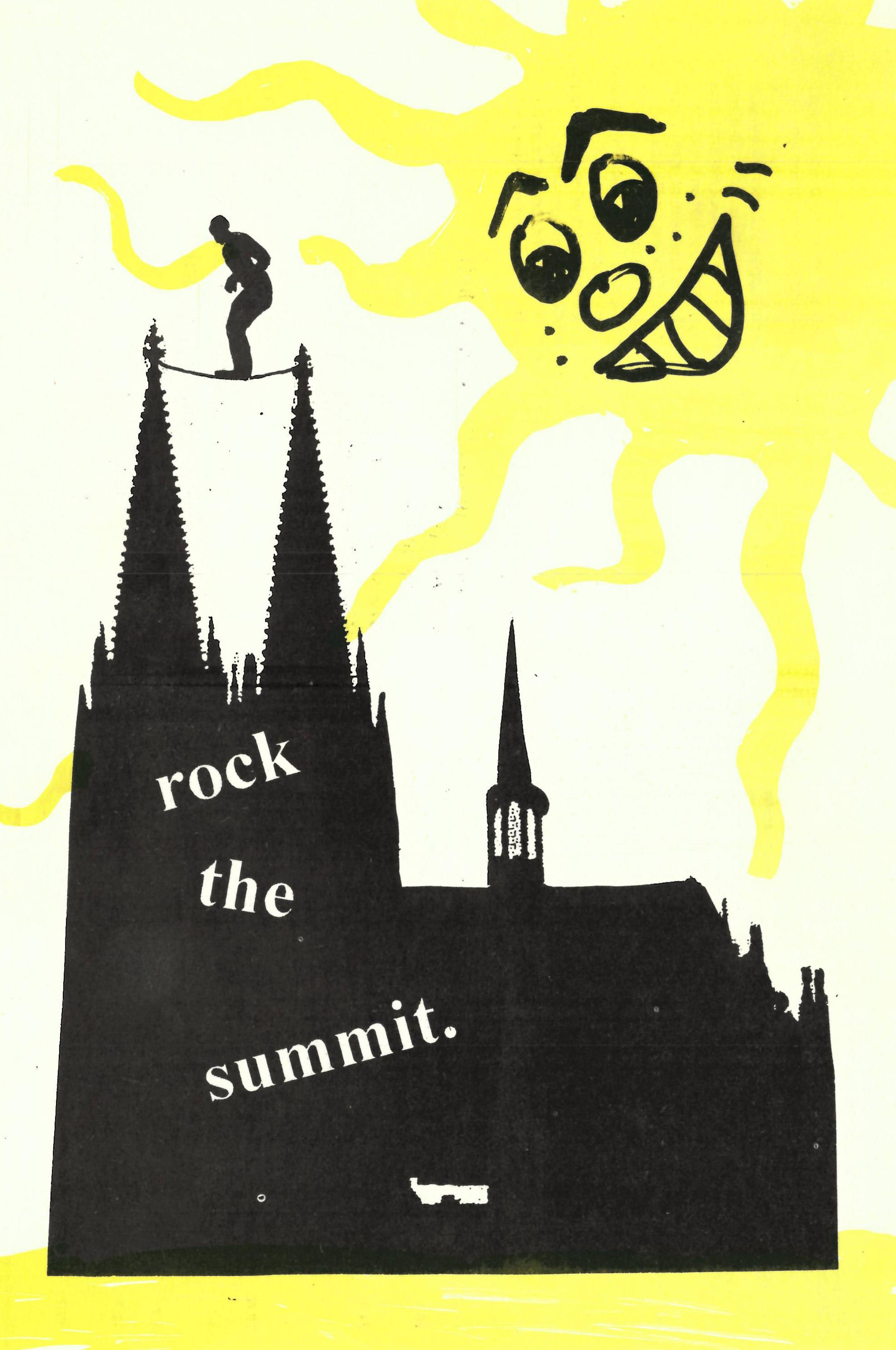
Infos zur Veranstaltungsreihe unter Tel. 3122384 und 2512209
Galerie OLGA BENARIO, Weserstr. 5, 12047 Berlin, Nähe U-Bhf. Hermannplatz, Eingang: Restaurant „Orlando"
Konto: Galerie OLGA BENARIO, Postbank Berlin 70539-107, BLZ 10010010

„Der Drill macht den Mann. Zur Herstellung soldatischer Männlichkeit."

Während Menschen beiderlei Geschlechts auf oft unterschiedliche Art Opfer des Krieges werden, ist das Geschlecht der Kriegführenden unstrittig:
Männer bilden die Armeen, von den Bodentruppen über die Piloten von Kampfjets, die Militärhierarchie bis hin zur Generalität und den Strategen von NATO und anderen Militärbündnissen. Doch so banal der Fakt, daß Männer geschäftsmäßig für das Töten im Dienst der Nation angestellt werden, so unsichtbar ist er auch, so alltäglich erscheint er. Kein Zufall, denn die Ausbildung für dieses blutige Geschäft kann an die ebenso normale Sozialisation von Männern nahtlos anschließen.
Aus Menschen werden Männer werden Soldaten - um diesen Prozess soll es in der Veranstaltung gehen. Anhand einer Referates mit Filmausschnitten aus Stanley Kubricks "Full Metal Jacket" soll den Fragen nachgegangen werden: Was passiert mit dem Individuum in der Militärhierarchie, in der Kaserne, im Drill? Welcher Körper und welche Persönlichkeit wird hergestellt, um in der Hierarchie und als Killer zu funktionieren?

Veranstaltung im EX (Mehringhof)
Am 20.6.1999
Um 19.30 Uhr
Gneisenaustr. 2a
(U-Bhf Mehringdamm)

Eröffnungsparty des BamM
(Büro für antimilitaristische Maßnahmen)
am 18. Juni'99
um 21.00 Uhr
in der Manteuffelstr. 103


rock
the
summit.